Berliner Mauer: Sie schiessen auf alles... Seite 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 18 vom 5. Mai 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Am 8. Mai
13 Antifaschisten vor Gericht

8. Mai 1945. Das „1.000-jährige Reich“ bricht zusammen. Die Macht der faschistischen Diktatur über Deutschland, die das deutsche Volk und die anderen Völker so viel Blut und Tränen gekostet hat, ist gebrochen. Die deutschen Werktätigen sind sich einig: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

8. Mai 1978. 13 Arbeiter, Angestellte und Jugendliche stehen an diesem Tag in Hamburg und Kiel vor Gericht. Sie haben gegen Propagandaaktionen der Faschisten protestiert. Deshalb werden sie von der Justiz jetzt behandelt wie Verbrecher. Deshalb sollen sie jetzt mit Hilfe der Faschisten, die in den Prozessen als Belastungszeugen aussagen werden, zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. Das glauben Sie nicht? Nun, für vier der 13 Antifaschisten ist dies bereits die Berufungsverhandlung. Im ersten Prozeß wurden zwei von ihnen zu je sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung, zwei zu je vier Monaten mit Bewährung verurteilt. Der Staatsanwalt ging in Berufung. Er fordert höhere Freiheitsstrafen...

Diese geplanten Terrorurteile müssen verhindert werden! Denn diese 13 Antifaschisten stehen für Tausende, die Woche für Woche gegen faschistische Provokationen protestieren! Solidarität mit den Antifaschisten von Hamburg und Kiel!

(Ausführliche Berichte auf der Seite 7 dieser Ausgabe.)



Hamburg, 7. August 1976: Unter massivem Polizeischutz hält die NPD einen Kongreß ab. Die Antifaschisten, die damals mit verhinderten, daß die NPD auch, wie angekündigt, „die Straße erobern“ konnte, sollen jetzt ins Gefängnis gebracht werden.

Chef der russischen Sozialimperialisten besucht Bonn
Breschnew raus!

Sicherheitsstufe 1 in Bonn. Von dem größten Polizeieinsatz seit Bestehen der Bundesrepublik spricht man in Hamburg. Ein Staatsgast wird erwartet, und wie zu hören ist, hat dieser Gast gar verlangt, daß zu seinem Schutz ganze Häuser von ihren Bewohnern evakuiert werden. Der Staatsgast heißt Leonid Breschnew. Zum zweiten Mal wird in dieser Woche das Haupt der russischen Supermacht die Deutsche Bundesrepublik besuchen.

Die Herren in Bonn stehen zum Empfang bereit. Darunter auch Strauß, für den ebenfalls ein Gesprächstermin bei Breschnew vorgemerkt ist und der erklärte, auch bei ihm sei „die Tür offen“ für eine herzliche Unterredung. Und natürlich darf in diesem Bonner Reigen auch die DKP nicht fehlen. Wie schon beim letzten Besuch des Kremlzaren, so werden die Herren Mies und Co. auch jetzt wieder von Breschnew dadurch belohnt, daß sie bei den offiziellen Empfängen zwischen den Spitzen des Monopolkapitals und des Bonner Staates herumstehen und sich als wichtige Leute fühlen dürfen.

Sind sie es doch, die für den Breschnew-Besuch am lautesten die Propagandatrommel gerührt haben. Breschnew — der Friedensengel. Breschnew — der Arbeitsplatzbeschaffer. So versuchen sie uns den Diktator aus Moskau zu verkaufen. Und für die vielen, bei denen solche Reklame auf taube Ohren stößt, versuchen sie es auf die „menschliche“ Tour. Da lacht ein Breschnew im Pullover von den Werbefotos und darunter steht: „Ein Schlosser an der Spitze des Staates.“ So wollen sie uns den Chef des russischen Ausbeuterstaates nahebringen als einen Arbeiter, als einen von uns. Die Älteren werden sich noch daran erinnern, wie früher mit der gleichen Masche die Trommel gerührt wurde für Hitler als den „einfachen Gefreiten“.

Breschnew ist keiner von uns. Breschnew steht an der Spitze einer sozialfaschistischen bürgerlichen Diktatur über die Völker der Sowjetunion. Die Menschen unseresgleichen, das sind die Arbeiter und Bauern, die von dieser Diktatur ausgebeutet und blutig unterdrückt werden. Sie haben unsere Sympathie, mit ihnen sind wir solidarisch in ihren Kämpfen gegen das Moskauer Blutregime. Und wenn Breschnew jetzt nach Bonn kommt, so gilt sein Besuch auch nicht uns, dem deutschen Volk in Westdeutschland, sondern den Monopolherren und ihrem Staat.

Erinnern wir uns an seinen letzten Aufenthalt vor fünf Jahren in unse-

Fortsetzung auf Seite 2

JUGEND FÜR DEN KOMMUNISMUS

● **Großveranstaltung der Roten Garde:**
13. Mai, 10 Uhr, Stadthalle Düsseldorf

● **Pfingstlager der Roten Garde:**
von Freitag, den 12. Mai bis Montag, den 15. Mai in Hofermühle/ Heiligenhaus (zwischen Düsseldorf und Essen)

Wußten Sie schon...

...daß in diesem Jahr 6.000 Kollegen aus 17 Betrieben oppositionelle bzw. RGO-Listen gewählt haben! Das ist ein vorläufiges Ergebnis der diesjährigen Betriebsratswahlen. Denn einige Wahlen, bei denen sich solche Listen beteiligen, stehen noch aus, unter anderem auch in Großbetrieben wie Opel-Rüsselsheim.

Die höchste Stimmenzahl gab es im Hoesch-Werk Union in Dortmund. 1.146 Kollegen wählten dort die RGO-Liste. Die höchste Prozentzahl gab es bei Schmalbach-Lubeca in Heilbronn. 62,4 Prozent erhielt die Liste „Wehrt Euch“.

Auf der Kieler Howaldtswerft (HDW), wo die Werftherren mit Hilfe der IGM-Bonzen 1976 vier Rote Betriebsräte aus dem Betrieb warfen, zogen jetzt zum zweiten Mal Kandidaten der RGO in den Betriebsrat ein (drei Kollegen mit 17,5 Prozent der Stimmen). (Aktuelle Berichte über die Betriebsratswahlen auf der Seite 5 dieser Ausgabe.)

Roter 1. Mai 1978
Demonstrantionen der RGO in 14 Städten



1.-Mai-Demonstration in Dortmund

Weit über 3.000 Menschen demonstrierten am diesjährigen Roten 1. Mai in 14 Städten der Bundesrepublik und in Westberlin mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) für die Ziele der Arbeiterklasse. „Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen“ — das war die Losung . Die Demonstrationen standen im Zeichen der verschärften kapitalistischen Krise, der zunehmenden Angriffe der Kapitalisten und ihrer Handlanger auf die Werktätigen, aber auch und vor allem im Zeichen des wachsenden Widerstands dagegen, im Zeichen eines Aufschwungs des Klassenkampfes in unserem Land.

Auf den Kundgebungen sprachen Kollegen von BASF, Hoesch, aus dem Hamburger Hafen, von Daimler, Cassella und anderen Betrieben, Kollegen, die mit ihren RGO-Betriebsgruppen, gestützt auf die Belegschaften den Kampf für revolutionäre Betriebsräte geführt haben und zum größten Teil dabei erfolgreich waren. Gerade in diesem Kampf sind in vielen Orten Kollegen für die Demonstrationen gewonnen worden, die im Roten 1. Mai die richtige Antwort auf den Regierungsmai der Bosse und Bonzen sahen.

Und überall in den Arbeiter-Wohnvierteln, durch die demonstriert wurde, herrschte eine gute Stimmung. Sympathie und Interesse brachten die meisten Kollegen dem Zug der RGO, den Kundgebungen und Parolen entgegen. Viele reihten sich spontan ein und für manchen ist die Teilnahme an der Demonstration der erste Schritt bei der Organisierung in der RGO gewesen. **(Bildbericht Seite 9)**

Sechs Fregatten für den Schah

SPD-Chef Brandt geißelte in der letzten Woche mit harten Worten den gewaltig ansteigenden internationalen Waffenhandel. Sein für die Bonner Politik werbewirksamer Auftritt wurde vom Fernsehen ins rechte Bild gerückt. Nur wenige Tage zuvor war eine Delegation aus dem Iran in die Bundesrepublik zurückgekehrt, bestehend aus Scheel, Technologie-Minister Hauff, Krupp-Chef Beitz und einigen anderen Spitzen der westdeutschen Monopole und ihres Staates. Was die Herren im Iran getrieben haben? Waffenhandel — und zwar im größten Stil. Sechs Fregatten konnten sie dem faschistischen Schah-Regime verkaufen. Neben den sechs U-Booten und den anderen Kriegsschiffen, die vom Schah schon vor Monaten bei den westdeutschen Werften geordert wurden, summiert sich dieser Auftrag zum größten Waffengeschäft in der Geschichte der Bundesrepublik. Allein für die Fregatten werden zwei Milliarden Mark in die Kassen der Bonner Rüstungskonzerne fließen.

Dieses Geschäft zeigt erneut: Während Figuren wie Brandt demagogisch für Abrüstung und gegen Waffenexporte eintreten, rüstet der Bonner Staat nicht nur in immer größerem Maße selbst auf. Der westdeutsche Imperialismus entwickelt sich auch zunehmend zu einem der größten internationalen Händler mit Kriegsmaterial. Empfänger sind zumeist faschistische Terrorregimes wie der Iran, Indonesien, Argentinien, die solche gewaltigen Mengen von Rüstungsmaterial für ihre Aggressionen nach außen und die blutige Unterdrückung ihrer Völker brauchen. Die Bonner Herren sind nie verlegen, wenn es darum geht, die Terrorregimes und damit ihren Waffenhandel reinzuwaschen. So bescheinigte jetzt auch Scheel dem Henker am iranischen Volk eine „unbestritten dem Fortschritt dienende Politik".

Peking und die Neutronenbombe

In den Schacher der beiden Supermächte und ihrer Blöcke um die Neutronenbombe haben sich jetzt auch die chinesischen Revisionisten massiv eingeschaltet. Und zwar — wie man es von ihnen auch nicht mehr anders erwartet — als Papagaien Washingtons und Scharfmacher im internationalen Wettrüsten. In einem Artikel ihres Parteiorgans „Renmin Ribao" (24.4.78) fordern sie unverhohlen die Produktion und den Einsatz der amerikanischen Neutronenbombe. So heißt es: „Wenn die sowjetischen Panzereinheiten verglichen werden können mit der Speerspitze für eine Aggression, so kann die Neutronenbombe ihnen einen Riegel vorschieben. So wie es sich die Sowjetunion erlaubt, einen Speer zu haben, so verbietet sie anderen, einen Schild bereit zu halten."

Auf diese Art verfälschen die chinesischen Revisionisten die aggressiven Vernichtungswaffen der amerikanischen Imperialisten in einen harmlosen Schutzschild. Ermuntern sie Washington, weiter aufzurüsten und neue Mordwaffen für die Kampf um die Weltherrschaft bereitzustellen. Wieder einmal zeigt sich, wie verlogen das Gerede dieser Leute vom Kampf gegen **beide** Supermächte (die „Erste Welt" — wie sie es nennen) ist. Tatsächlich sind sie Propagandisten der Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus und seines NATO-Blocks. Die wirklichen Revolutionäre aber und die Völker der Welt werden sich von den Pekinger Revisionisten nicht auf die Ebene von Kriegshetzern für Washington herabzerren lassen. Sie werden unbeirrt den revolutionären Kampf gegen beide Supermächte und ihre aggressiven Militärblöcke fortsetzen.

Demonstration von 2.500 Rentnern und Kriegsopfern

2.500 Rentner und Kriegsopfer demonstrierten anfang letzter Woche in Bonn gegen die volksfeindlichen Rentenpläne der Regierung, nach denen die Renten nur um 4,5% (1979) und je 4% (1980/81) angehoben werden sollen und nicht wie bisher, entsprechend den Erhöhungen der Bruttolöhne. Arbeitsminister Ehrenberg, der kam, um diese Pläne zu verteidigen, wurde ausgepfiffen und am Weiterreden gehindert. Am Donnerstag ging dann das 21. Rentenanpassungsgesetz sowie das 10. Anpassungsgesetz für die Kriegsopferrenten im Bundestag in die erste Lesung. Auch die Bezieher von Kriegsopferrenten, deren Anpassungssätze an die der Sozialrente gekoppelt sind, sind von allen geplanten Abstrichen betroffen.

Alle bürgerlichen Parteien sind sich darüber einig, daß die Rentner und Werktätigen geschröpft werden sollen. Man munkelt sogar darüber, daß die CDU dem Regierungsentwurf schließlich doch zustimmen wird. Die bisherigen Rentenanpassungssätze Ehrenbergs kommen dadurch zustande, daß ein vorausberechnetes Defizit in der Rentenkasse von 32 Milliarden Mark im Jahre 1982 als Vorwand genommen wird, um die regelmäßig zu erhöhenden Rentenzahlungen drastisch zu kürzen. Nun spricht man inzwischen aber schon — aufgrund neuester „Wirtschaftsprognosen" — von 50 Mrd. Mark oder mehr Defizit. Das heißt: Ehrenberg wird nach Verabschiedung des Gesetzes weiter kürzen! Was das für die Rentner, von denen heute 3,2 Millionen mit unter 600 Mark Rente auskommen müssen, bedeutet, kann man sich vorstellen. Sie sind deshalb ganz entschieden gegen ein Abgehen von der bruttolohnbezogenen Rente, weil sie wissen: Gibt man dem Teufel den kleinen Finger, so nimmt er die ganze Hand!

Breschnew raus!

Fortsetzung von Seite 1

rem Land. Damals rief Breschnew den Herren Krupp, Mannesmann, Thyssen und Siemens, die sich um ihn versammelt hatten, zu: „Wir suchen die Kooperation über 30, 40 und 50 Jahre. Greifen Sie zu, warten Sie nicht."

Und die westdeutschen Monopolherren haben zugegriffen. Sie sind mit Moskau groß ins Geschäft gekommen. Jetzt, unmittelbar vor dem zweiten Breschnew-Besuch, haben sie ein neues Kooperationsabkommen vorbereitet und unterschriftsfertig gemacht. Sie wollen noch tiefer in die russische Wirtschaft eindringen, sich noch mehr an der Ausbeutung der reichen Rohstoffe des Landes beteiligen. In noch größerem Maßstab wollen sie die ihnen von Breschnew gebotene Möglichkeit nutzen, die Arbeitskraft der sowjetischen Werktätigen auszubeuten.

Die russischen Sozialimperialisten auf der anderen Seite versuchen, die Schwierigkeiten ihrer krisengeschüttelten Wirtschaft dadurch zu überwinden, daß sie dem westdeutschen Kapital immer weiter die Tore öffnen. Die Verhandlungen, die sie jetzt


Ausriß aus einem Flugblatt, das uns zugeschickt wurde

westdeutwen nicht. Ben und Spitzen- förmlich die heckers, die für die Minenfelder daran hindern, sind und zahlbegangen haben, en der von ihnen immer sie wollen, einschließlich ihres mit offenen Armen fangen. Suslow, um D„K"P-Par-... mörder

Hoch soll er leben

Bruderküsse in Ostberlin,
in Bonn prunkvolle Zeremonien;
das Volk steht daneben.

Es sieht die Staatskarossen ziehn:
„Was könnten wir dem Zaren geben?" —
Das Bildchen zeigt's: Hoch soll er leben!

beuter und Unterdrücker sind, wie ihre westdeutschen Gastgeber

in Bonn führen, sind ein Schacher zwischen kapitalistischen Räubern, der auf dem Rücken der Werktätigen beider Länder ausgetragen wird.

Und noch eine andere Sache wird im Mittelpunkt der Gespräche in Bonn und Hamburg stehen: die wahnwitzige Aufrüstung der beiden aggressiven Militärblöcke. Wie gehabt werden die Herren es allerdings, wenn sie darüber sprechen, „Abrüstungsgespräche" nennen. Um die Öffentlichkeit auf diesen Schwindel einer angeblichen Abrüstung einzustimmen, hat Breschnew in der letzten Woche vor dem sozialfaschistischen russischen Jugendverband bombastisch erklärt, nicht „um einen einzigen Soldaten, um einen Panzer" werde Moskau seine Truppen in Mitteleuropa verstärken. Wie oft haben die Völker schon solche Versprechungen aus dem Mund der Kremlherren hören müssen? Und immer haben sie sich binnen kürzester Zeit als das entlarvt, was sie wirklich sind: dreiste und unverschämte Lügen. Genauso verlogen ist die russische Polemik gegen die Neutronenbombe, die Breschnew jetzt in Bonn fortsetzen wird. Aus moralischen, aus Gründen der Humanität lehne man diese Massenvernichtungswaffe ab — so tönte es aus Moskau. Inzwischen aber hat Breschnew klar zu verstehen gegeben — und es letzte Woche noch einmal bestätigt — daß die russischen Sozialimperialisten nicht im Traum daran denken, auf den Bau dieser Bombe zu verzichten.

Noch deutlicher in Bezug auf den Schacher mit der Neutronenbombe wurden diejenigen, die jetzt auf ihren Pappschildern Breschnew als einen Friedensfürsten preisen, die Herren von der DKP. So erklärte ein Hubert Reichel vom Vorstand dieser Partei: „Wenn die NATO diese Waffe einsetzt, dann antwortet der Warschauer Pakt mit einem atomaren Gegenschlag. Unser Land wäre die Zielscheibe..." Und in dem DKP-Blatt „Deutsche Volkszeitung" hieß es noch drastischer: „Das bedeutet, daß im Falle der Anwendung des Neutrons das Stationierungsgebiet im Atomsturm unterginge."

Was ist das anderes, als eine nackte, unverhüllte Drohung mit dem Weltkrieg, mit dem atomaren Massenmord? Hier haben diese Leute ungewollt ihre Friedensmaske angelüftet und den Blick freigegeben auf das wirkliche Gesicht der Sowjetunion von heute. Zum Vorschein kommt die Fratze einer imperialistischen Supermacht, die ebenso wie ihre amerikanische Konkurrentin bereit ist, auf dem Wege zur Weltherrschaft über Leichen zu gehen. Die bereit ist, so wie sie vor zehn Jahren die Tschechoslowakei mit ihren Panzern überrollt hat, morgen den „Atomsturm" gegen unser Land zu entfesseln.

Aber wir werden angesichts der Drohungen der russischen wie auch der amerikanischen Supermacht nicht den Kopf in den Sand stecken. An der Seite der Völker Europas, der Völker der ganzen Welt wird sich auch unser Volk den beiden größten internationalen Kriegstreibern und ihren aggressiven Militärblöcken in den Weg stellen und den revolutionären Kampf gegen ihre Kriegsvorbereitungen führen.

Kurz berichtet

Rote-1.-Mai-Veranstaltungen

Hamburg

Etwa 200 Genossen und Freunde der Partei versammelten sich in der „Jarrestadt". Genosse Ernst Aust hielt die Ansprache zum Roten 1. Mai. Der Agitproptrupp „Rotes Sprachrohr" führte eine Satire auf den Regierungsmai auf. Durch Spenden, eine amerikanische Versteigerung und Preisspiele wurden über 1000 Mark aufgebracht, die für den Kampf der Antifaschisten bestimmt sind, die in der nächsten Woche vor den Schranken der Klassenjustiz stehen werden.

Bremen

100 Besucher kamen zu einer Veranstaltung der Partei im Anschluß an die Demonstration der RGO. Am Vortag hatten die Genossen zu einem Tanz in den Mai eingeladen, bei dem die Hamburger Gruppe „Elbspeelers" aufspielte.

Westberlin

Zum ersten Mal trat bei dieser Mai-Veranstaltung die Gruppe der Roten Pioniere auf. Die kleinen Genossen sangen das Lied „Zehn kleine Kleberlein" und ein von ihnen abgeändertes Berliner Straßenjungen-Lied.

Dortmund

Mehr als 2OO Besucher hörten in Dortmund die Mai-Ansprache des Genossen Horst Dieter Koch und eine Rede des Genossen Gernot Schubert zu dem RM-Prozeß. Die Agitprop-Trupps aus Dortmund und Bochum und die Gruppe „Rotkehlchen" aus Westberlin brachten Lieder und kurze Szenen.

Gütersloh

Über 200 Genossen und Kollegen besuchten die Mai-Veranstaltung. Neben dem Redner der Partei sprachen auch Vertreter der Roten Garde und der Roten Hilfe Deutschlands.

Duisburg

Knapp 200 Teilnehmer hatte die Mai-Veranstaltung der Partei in Duisburg. Für den 1. Kongreß der Roten Garde wurden 300 Mark gesammelt. Eine Band aus Dortmund spielte zum Tanz auf.

Köln

200 Freunde und Genossen der Partei waren zur Veranstaltung gekommen. Neben der Rede zum Roten 1. Mai wurde auch über den 1. Kongreß der Roten Garde gesprochen, der im Landesbezirk Rheinland durchgeführt wird. Türkische Genossen zeigten einen Film über den 1. Mai 1977 in der Türkei. Auf der Mai-Veranstaltung traten auch eine Volkstanzgruppe und der Agitprop-Trupp „Stechmücke" auf.

Mannheim

Vor über 100 Besuchern sprach ein Mitglied der RGO-Betriebsgruppe BASF. Der Frankfurter Agitprop-Trupp führte ein neues Stück über die Betriebsratswahlen auf.

Frankfurt

130 Genossen und Kollegen kamen zur Mai-Veranstaltung. Auch in Frankfurt fand das Stück über die Betriebsratswahlen viel Anklang. Neben einer Volksliedergruppe und einer Volkstanzgruppe traten auch iranische Genossen mit einigen Liedern aus ihrer Heimat auf. 490 Mark wurden für den Kongreß der Roten Garde gespendet.

Offen gesagt ...

Sittlichkeitsverbrecher in Uniform

Im D-Zug zwischen Stuttgart und Ulm. Eine junge Frau wird von einem Fahrgast in schamverletzender Weise belästigt. Sie erstattet Anzeige. Normalerweise kommt es in solchen Fällen zum Prozeß. Diesmal allerdings geht es mit einem Bußgeldbescheid ab. Denn der Sittlichkeitsverbrecher ist Polizist. Polizeidirektor von Ulm!

Aber es kommt noch besser. Polizeidirektor Riss legte Einspruch ein. Ein psychatrisches Gutachten wurde besorgt, in dem Riss zum Zeitpunkt der Tat „Schuldunfähigkeit" bescheinigt wurde. In der Hauptverhandlung, die dann stattfand, präsentierte auch die Staatsanwaltschaft ein Gutachten. Und auch hier — unglaublich, aber wahr — wird dem Polizeidirektor „Schuldunfähigkeit" attestiert. Kann es angesichts dessen noch verwundern, daß der zuständige Richter die Einstellung des Verfahrens anregte und die Staatsanwaltschaft dazu ihre Zustimmung gab?

Bei diesem Ausgang des Verfahrens sah natürlich auch die Polizeibehörde keinen Anlaß, ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Riss schied zwar aus dem Polizeidienst aus, aber nicht wegen des begangenen Sittlichkeitsdelikts, sondern — wegen eines Herzleidens! Auf diese Weise sind dem 44-jährigen 2.800 DM monatliche Pension bis an sein Lebensende sicher!

Riss ist beileibe kein Einzelfall. Bald jede Woche liest man in der Zeitung von stehlenden, dealenden und betrügenden Polizisten. Die „kleinen" Verbrecher in Uniform werden ab und zu geschnappt und abgeurteilt. Die „Großen" aber — siehe Fall Riss — läßt man laufen!


Ulmer Polizeidirektor Riss

AUS DEM INHALT

Lohnraubabschlüsse bei der Bundesbahn und im Einzelhandel ... 4
Bergbau/Bauindustrie: Kollegen kämpfen für mehr Lohn ... 4
Betriebsratswahlen: Berichte von Siemens/Witten, AEG-Telefunken und Schering/Westberlin, vom Roten-Kreuz-Krankenhaus in Bremen und von AEG/Brunnenstraße ... 5
Ruinierung der Küstenfischer wird vorangetrieben ... 6
Brunsbüttel: Radioaktive Milch durch Kernkraftwerk ... 6
Kieler Antifaschistenprozeß ... 7
Antifaschistenprozeß in Hamburg ... 7
Zum 160. Geburtstag von Karl Marx ... 8
10 Jahre KP Britanniens/ML ... 11
SVR Albanien gegen UNO-Truppen im Libanon ... 11

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



Vorwärts zum I. Kongreß der Roten Garde!

Westberlin

Eine gute Idee für die Spendenkampagne

Zu Spenden für die Durchführung ihres I. Kongresses hat die Rote Garde aufgerufen. Die Genossen vom KSB/ML der PH in Westberlin ließen sich etwas dazu einfallen. In doppelter Hinsicht konnten sie später eine positive Bilanz des Tages ziehen. Nicht nur, daß über 300 Mark zusammenkamen: Während der Aktion wurde von Westberliner Werktätigen auch erfolgreich ein Polizeiüberfall zurückgeschlagen. Hier der Bericht der Genossen.

Wie Geld für die Spendenkampagne der Roten Garde zusammenkriegen? Nun, wir sprachen mit Sympathisanten und stellten fest, am besten wird es sein, allen möglichen Krimskrams zu sammeln (jeder hat schließlich irgend etwas, das er nicht mehr gebrauchen kann) und damit auf den Trödelmarkt zu gehen. Gesagt — getan!

Vorher machten wir aber noch in einer kleinen Aktion unser nächstes Programm der PH-Runde an der PH bekannt. In allen Gebäuden wurde unsere Ankündigung geklebt.

Nachdem sich bei einem Genossen die Sachen schon stapelten, ging es am 15. 4. um 5.30 Uhr los! Ein Sympathisant und eine Genossin fuhren die Sachen zum Trödelmarkt und bauten dann mit weiterer Unterstützung unseren Stand auf.

Nach und nach wechselten wir uns dann am Stand ab. Um 11.30 Uhr begannen zwei von uns, den „Roten Morgen" zu verkaufen. Etwa 40 Werbeexemplare konnten gezielt verteilt und einige „Rote Morgen" verkauft werden. Ein kleines Beispiel am Rande: Ein Genosse kaufte sich eine Kleinigkeit an einem Stand, hatte aber nicht mehr genügend Kleingeld. Für die fehlenden 50 Pfennig bot er dem Händler einen RM an — der stimmte zu.

Als schon alle ans Abräumen dachten, ergab sich ein bemerkenswerter Zwischenfall. In Berlin sitzen schon seit Monaten drei Agit-Drucker in U-Haft (der RM berichtete darüber). Ein paar Jugendliche malten für deren Freilassung eine Parole. Sie waren gerade fertig, als ein Polizeiwagen erschien. Fünf Polizisten stürzten sofort aus dem Wagen und nahmen ein Mädchen fest. Ehe sie sich aber noch versahen, waren sie von einer empörten Menge umringt und es kam zu einer schweren Schlägerei. Obwohl die fünf Polizisten in ihren Wagen flohen, wurden sie ordentlich verprügelt und der Wagen schrottreif geschlagen.

Erst nachdem ständig neue Einsatzkommandos ankamen, so daß die Polizei in der Überzahl war, zog sich die empörte Menschenmenge zurück. Danach patroullierten Trupps von fünf bis zehn Polizisten schwer bewaffnet um den Platz. In den Markt traute sich aber kein einziger hinein. Da die Polizisten bei der Schlägerei auch Pistolen zogen, war die Empörung der Besucher und Händler auf dem Trödelmarkt enorm. Ein älterer Mann, der seinen Stand neben uns hatte, sagte: „Die wissen ganz genau, warum sie sich hier nicht reintrauen. Die würden so den Arsch vollkriegen, daß sie immer dran denken."

Der Tag war alles in allem ein Erfolg. Wir bekamen über 320 DM zusammen und werden solch einen „Trödeltag" noch einmal in diesem Semester wiederholen.

Spendet für den I. Kongreß der Roten Garde! Die Spendenkonten: KPD/ML, Postscheckkonto 6420-467, Postscheckamt Dortmund, und: Vorstand der KPD/ML, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321 004 547.

Westberlin

Sozialfaschistische Schläger gegen fortschrittliche Studenten

An der TFH, einer technischen Hochschule in Westberlin, hatte die ADS — studentischer Ableger der revisionistischen SEW — zu einer Fete geladen. Unter dem Motto „ADS-Fete? Nein Danke!" riefen die Genossen des KSB/ML zum Boykott dieser Feier auf. Sie riefen noch einmal in Erinnerung, daß die ADS alles getan hatte, um den Kampf der Westberliner Studenten gegen das Berliner Hochschulgesetz zu sabotieren.

Außerdem prangerten sie an, daß diese revisionistischen Verräter keinen Finger für diejenigen Studenten rühren, gegen die jetzt wegen ihrer Teilnahme am Kampf das reaktionäre Ordnungsrecht angewandt wird. Bei der Fete selbst gingen die Revisionisten mit brutalem Terror gegen fortschrittliche Studenten vor. Dazu heißt es in einem Flugblatt des KSB/ML:

„Um die Kommilitonen zu täuschen, hatten die ADS/SEW ihre Fete unter das Motto ,Trotz HRG und alledem' gestellt. Damit sollte von ihnen der Eindruck erweckt werden, als würden sie das HRG bekämpfen.

Am letzten Freitag vor ihrer Fete ließen sie dann jedoch ihre Maske fallen;

Als einige Kommilitonen gegen 19.30 Uhr das Haus B betreten und sich nach ihren fortgeschafften Stelltafeln erkundigen, stürzen sich sofort einige der ca. 30 Mann starken SEW-Schlägerbande auf sie. Ein etwa 45 Jahre alter Schläger zieht kurz darauf einen schweren Gasrevolver und schießt den Kommilitonen aus nächster Nähe ins Gesicht. Dabei schießt er seine ganze Trommel leer. Zwei Kommilitonen werden dabei verletzt. Hätten die getroffenen Kommilitonen sich nicht so schnell abgedreht, so hätten sie diesen faschistischen Überfall mit ihrem Augenlicht bezahlen müssen.

Inzwischen stürzen sich noch mehr SEW-Schläger (darunter die TFH-Studenten Hartmut Stich/Fachbereich 12 und Werner Köllner/Fachbereich 119 auf die Kommilitonen. Einem von ihnen wird noch der Mantel zerrissen.

Den Schlägern von ADS/SEW sei gesagt: Das letzte Wort in dieser Sache ist noch nicht gesprochen. Wir sind keine Mönchsbrüder, die, wenn man ihnen auf die eine Backe haut, anschließend noch die andere hinhalten!

Die erste Quittung haben diese Sozialfaschisten noch am selben Abend erhalten: Viele Kommilitonen gingen gar nicht erst in Haus B zur Fete, als sie hörten, was dort vorgefallen war. Es nützte auch der SEW nichts, frech zu behaupten, die Kommilitonen hätten geschossen. Niemand nahm ihnen diese Lüge ab. Betrachtet man den ganzen Propagandarummel (Anzeigen in der „Wahrheit", Flugblätter an Fachoberschulen, Fachhochschulen und Hochschulen), so ist das Ganze für die SEW ein großer Mißerfolg. Insgesamt waren nur ca. 200 Leute da — davon mindestens 120 altbekannte SEW- und Reichsbahngesichter, die man zu jeder SEW-Fete sieht. Abgesehen von der ADS/TFH waren nur ca. 25 TFH-Studenten da."

Diese Typen haben in der Tat nichts mit dem Sozialismus gemein. Diese Sache ist kein Ausrutscher, sondern hat System. Mehr als einmal gingen diese faschistischen Schläger gegen fortschrittliche Menschen brutal vor. Und was sie uns hier noch im Kleinen vorführen, kann man bei ihren großzügigen Spendern in der DDR ständig im Großen beobachten: In derselben Nacht wurde wieder einmal ein Jugendlicher, der nach West-Berlin floh, durch Schüsse von DDR-Grenzbütteln verletzt."

Abschließend erklären die Genossen vom KSB/ML: „Wir fordern die noch ehrlichen Mitglieder und Sympathisanten der ADS auf: verurteilt das Verhalten Eurer Führer und zieht Konsequenzen!

Wir sind bereit, mit jedem ehrlichen ADS-Mitglied die solidarische Auseinandersetzung zu führen."



„Exorzismus = kirchlicher Terrorismus" und „Bestrafung von Stangl" hatten die Rotgardisten anläßlich des „Exorzistenprozesses" an das Palais des Würzburger Bischofs Stangl geschrieben. An sich hatten die Rotgardisten diese Parole fotografieren wollen. Aber der Bischof hatte es zu eilig, die Parole verschwinden zu lassen. Bereits am nächsten Morgen wurde sie übermalt. Da kam unverhofft Hilfe — von der „Kitzinger Zeitung", die mit diesem Foto dazu beitrug, die Rote Garde breiter bekanntzumachen...

Jugend in der DDR

Eine Lektion über Recht und Moral

In der kapitalistischen DDR hat die Jugend keine Perspektive mehr. Wurden die Jugendlichen der DDR Anfang der fünfziger Jahre noch im Geist des Kommunismus erzogen, so ist heute davon nichts mehr übrig. Apolitische Einstellung, egoistisches Karrieredenken, Rauschgiftsucht und Jugendkriminalität haben sich breit gemacht. Ausgebeutet im Betrieb, schikaniert beim Barras, total unterdrückt im politischen und gesellschaftlichen Leben — auf diesem Boden entstehen auch die schlimmsten Pestbeulen des Kapitalismus. So z. B. die Jugendprostitution, die von den Staatsorganen der DDR hingenommen, ja gefördert wird. Die herrschende Klasse der DDR fürchtet nichts so sehr wie eine revolutionäre Jugend. Deshalb unterstützt sie alles, was die Jugendlichen spaltet, demoralisiert und erniedrigt. So ist es typisch, wenn ein Gericht der DDR eine 15jährige Prostituierte verurteilte — nicht wegen der Prostitution, sondern, weil sie ihren „Kunden" bestohlen haben soll! Unsere Genossen in der DDR berichteten uns darüber:

In der „Wochenpost" erscheint regelmäßig auf der letzten Seite Rudolf Hirschs Artikel „Als Zeuge in dieser Sache". Besagter Hirsch schildert diesmal den Fall der 15jährigen Schülerin Manuela. Ein junges Mädel, das noch voll unter das Jugendschutzgesetz fällt, wird vom ihm folgendermaßen beschrieben: „...ihre Figur ist rundherum vielversprechend, die Lippen herzförmig rot geschminkt, der Lidschatten stark verdunkelt, die blonden Haare weit über die Schultern fallend, ein Appetitshäppchen, würden die Älteren, eine schaue Ische, die Jüngeren sagen."

Wenn man diese genüßliche Beschreibung liest, fragt man sich: „Würde man diesem Mann seine Tochter anvertrauen? Er schildert dann des weiteren den geistigen Entwicklungsstand der Schülerin: „Aber geistig ist sie erheblich unterentwickelt, und sie tut auch nichts, um dem abzuhelfen."


Eine Jugend ohne Perspektive: Gammelnde Jugendliche auf dem „Alex" in Ostberlin.

Bravo, Herr Hirsch! Eine „blöde Schülerin mit ausgeprägt fraulicher Figur" weigert sich, etwas für die Bildung zu tun. Ich frage hier, wer ist eigentlich verantwortlich für diesen Zustand, die minderjährige Manuela oder unser „fortschrittliches sozialistisches Bildungssystem"?

Die Eltern scheiden Herrn Hirsch zufolge aus: „Das Elternhaus ist gut, fast vorbildlich." Der Vater muß wohl ein SED-Bonze sein, denn eine normale Arbeiterfamilie würde er gewiß nicht so schonen. Über die Verantwortung, die unser Schulwesen für solche Fälle trägt, schweigt Herr Hirsch. Selbstverständlich, denn wenn man an die Zustände an unseren Schulen denkt, kann man unsere Jugend zum Teil verstehen. Als Faustregel — Umwelt formt den Menschen. Aber zurück zu Manuela. Hirsch schreibt, daß diese Schülerin sich auf dem Alex herumtreibt: „Was sie dort tut? Sie findet dort Herren, In- und Ausländer, die Grenzen zwischen Flirt, Zuneigung und Prostitution sind hier etwas verwischt."

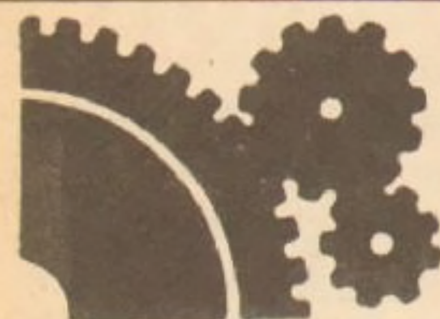
Vielen Dank, Herr Hirsch! Endlich findet sich einmal ein SED-Schmierfink, der offen in einer DDR-Zeitung eingesteht, daß es bei uns — wie in jedem kapitalistischen Land üblich — Prostitution gibt. Es ist auch verständlich, daß unsere „sozialistischen" Ordnungshüter dieses Treiben nicht unterbinden wollen und können. Bullen und Stasi haben genug damit zu tun, Protestaktionen wie auf dem Alex (z. B. am 7. 10. 77) zu unterdrücken und Werktätige, die gegen diesen unmenschlichen Staat ihre Stimme erheben, zu bespitzeln und zu verfolgen.

Wie denkt nun die Staatsanwältin mit ihren Schöffen über Manuelas Treiben auf dem Alex? Zitat Herr Hirsch: „...nehmen am Liebesleben von Manuela keinen Anstoß, betrachten es also als gegeben und natürlich, das ist der Vorteil dieses Verfahrens." (!) Das Gute an „unserer Justiz" ist, daß sie sich wie jede Klassenjustiz selbst entlarvt. Die Worte dieser Rechtsbeuger bedürfen keines Kommentars! Bei ihrem vom Staat geduldeten Treiben geht Manuela dann aber zu weit. Sie bestiehlt einen Ausländer, und das bringt „unseren Staat" in Mißkredit. Zitat Hirsch: „Seine Heimat liegt an den Gestaden des Roten Meeres, dort, wo die Königin von Saba regiert haben soll, wo der Weihrauch aus dem Öl von Bäumen gewonnen wird." So romantisch wird der Mann beschrieben, der bei uns sexuellen Mißbrauch mit Jugendlichen betreibt. So beschreibt man bei uns Menschen, die wegen der strategischen und Öl-Interessen des Staats und wegen ihrer Valutabörsen bei uns unter „Naturschutz" stehen. So beschreibt man bei uns Menschen, die durch ihr schmutziges Verhalten das Ansehen ihrer Völker in Mißkredit bringen. Jawohl, Herr Hirsch, ihr Bericht wird von Herrn Honecker mit Wohlwollen gelesen werden!

Hirsch macht sich zum Schluß seiner Berichterstattung sodann noch Gedanken über das gefällte Urteil von vier Monaten, die auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt sind. Fachmännisch schätzt er ein: „...das Urteil des Gerichts hat nach Meinung einiger Beteiligter wenig Aussicht auf Erfolg. Manuela bleibt unter Aufsicht der Eltern, einer Aufsicht, der sie sich immer entzogen hat, entzieht sich wahrscheinlich auch der Schule, und dann wird die Strafe von vier Monaten verwirklicht werden, dann ist die alte Situation wiederhergestellt." Wie schön, Herr Hirsch, da dürfen alle zufrieden sein, ein grandioser Sieg des DDR-Rechts!

Jeder Arbeiter, der diese Zeilen von Hirsch liest, kann nur empört sein. Die neue Bourgeoisie erteilt uns durch einen ihrer Schreiberlinge eine Lektion über ihre Moral und ihr Recht! Jeder von uns weiß, wie gegen ehrliche Arbeiter, die ihre Stimme für ihre Rechte erheben, vorgegangen wird und welche Strafen dann zur Diskussion stehen. Dieser Staat ist kein Staat der Arbeiter und Bauern mehr. Seine Gesetze sind juristische Handschellen für jeden werktätigen Menschen. Weg mit dieser Moral und diesem Recht, die die Schöpfung unserer neuen Herren sind und von uns verachtet werden! Weg mit diesem sozialfaschistischen Staat! Organisiert euch in der KPD/ML, der revolutionären Arbeiterpartei in ganz Deutschland, denn nur vereint sind wir stark und unbesiegbar!

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Legales Verbrechen!

Vor kurzem passierte auf der Sietas-Schiffswerft in Hamburg-Neuenfelde ein Unfall, bei dem ein türkischer Arbeiter ums Leben kam und eine Reihe von Kollegen verletzt wurden. Ein 65-Tonnen-Heckcolli war umgestürzt. Der „Rote Morgen" berichtete darüber. Als ehemaliger Maschinenschlosserlehrling bei Sietas habe ich zu eurem Artikel noch folgende Ergänzung zu machen:

Am Morgen des 21. März, als der Unfall passiert war, mußten 22 Polizeiwagen geholt werden, um den Werftkapitalisten J. J. Sietas vor den empörten Kollegen zu schützen. Es war nämlich klar, daß Sietas an diesem Unfall seinen ganz direkten Anteil hatte: Geht er doch nahezu jeden Tag über das gesamte Werftgelände, sieht sich alles an und versäumt es auch nicht, z. B. auf den Klos der Schiffbauhalle nach rauchenden Lehrlingen zu suchen. Die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen zur Abstützung des Collis hätten ihm auffallen müssen, zumal die Arbeiter schon am Vortag ein Schwanken des Bauteils gemeldet hatten. Sietas sagte dann später, die Ursache für den Unfall seien die Türken. Deutschen Arbeitern wäre so ein Unfall nicht passiert. Die Türken würden sich nur um die guten Arbeiten reißen und seien zu primitiv, die Sicherheitsvorkehrungen einzuhalten! Gibt es eine grausamere Verhöhnung des toten Arbeiters Nuri Cistri und der anderen ca. 600 türkischen Arbeiter der Sietas Werft?

Sietas läßt die ausländischen Kollegen in drei Lagern hausen. In Neuenfelde, am Rande Hamburgs, in einer Apfelplantage versteckt, liegt eins dieser Lager. Ca. 250 Menschen müssen hier in 22 dünnwandigen Baracken leben. In abgetrennten zehn Quadratmeter großen Räumen für einen oder auch zwei Arbeiter. Eine Person zahlt dafür 130 Mark kalte Miete, wohnt man zu zweit, nimmt Sietas gleich 180 Mark für das gleiche Loch. Die Behausung selber aufs kärglichste eingerichtet, Trostlosigkeit, keine Einkaufsmöglichkeiten weit und breit, keine Kneipe, keine Verkehrsverbindung. Warum auch? Die Werft liegt 800 Meter entfernt und gearbeitet werden monatlich 220 bis 300 Stunden. Mancher wohnt hier an die zwölf Jahre, andere drei Jahre usw.

Die Baracken für Familien sind größer, nur sind dann hier ungleich mehr Menschen zusammengepfercht. Miete: 250 Mark und 50 bis 80 Mark Strom, Heizung. Für die Kinder kein Spielplatz, die nächste Schule liegt sehr weit entfernt...

Das ist der Weg, auf dem J. J. Sietas seinem Betrieb den Ruf der schnellsten Werft an der Elbe verschafft hat. Wer sich gegen diese unglaubliche Sklaverei auch nur im geringsten auflehnt, der verliert alles. Sietas tut alles, damit diese Kollegen auch in anderen Betrieben nicht mehr unterkommen. Und das gilt nicht nur für ausländische Kollegen: Während der Tarifrunde 76/77 schmiß er um die 20 Lehrlinge aus seinem Betrieb, weil sie es gewagt hatten, auf der Jugendversammlung berechtigte Forderungen zu diskutieren.

Das ist ein Stück Hintergrund, vor dem J. J. Sietas seine unglaublich menschenverachtenden Äußerungen zur „Aufklärung" des jüngsten Unfalls machte. Bleibt nur zweierlei zu wünschen: Mögen das nächste Mal 22 Bullenwagen entschieden zu wenig sein — dafür spricht einiges, und mögen die Arbeiter der Sietas-Werft, ob Deutsche oder Ausländer, ihren ehrenvollen Anteil daran haben, wenn ihre Klasse daran geht, damit ein für alle Mal aufzuräumen — dafür spricht alles.

Rot Front,
ein Genosse aus Hamburg.

Doch die RGO war auf Zack

In der Nacht vom 11. zum 12. April fielen in Krefeld die Würfel. In sämtlichen Nachrichten war am 11. 4. noch vom „zähen Ringen" die Rede, und auch am 12. 4. als der Lohnraub schon perfekt war, war in der Morgenpresse noch vom ungewissen Ausgang der Tarifauseinandersetzung zu lesen.

Doch die RGO war auf Zack. Morgens — pünktlich zur Frühschicht waren die RGO-Nachrichten für AEG-Kanis-Essen fertig und klärten die Kollegen über den schändlichen Abschluß auf. Besonders die kleinen Angestellten zeigten mit ihrem großen Interesse und ihrer hellen Empörung, daß sie im selben Boot mit den Kollegen sitzen, daß Arbeiter und kleine Angestellte eine Kampffront sind. In die RGO-Nachrichten war die erste Ausgabe der RGO-Zeitung eingelegt. Das war in diesem Moment genau das richtige für die Kollegen.

Und dieser Propagandaschlag der RGO hat gesessen. Der Frühschicht war mitgeteilt worden, daß bei Schichtende RGO-Broschüren verteilt werden.

Nachmittags war die Broschüre nach einer Stunde völlig vergriffen, und es waren noch gar nicht alle Kollegen draußen. 300 Broschüren sind an diesem Tag an die Belegschaft von AKE verteilt worden.

Übrigens — eine Woche vorher tauchte gegenüber von AEG die Parole auf „Streik für volle Durchsetzung der 8%! RGO". Mancher Kollege wird sich da gefragt haben, was hinter diesen drei Buchstaben stecken mag. Wetten, daß er es jetzt weiß?

Ein Kollege aus Essen.

Betriebsratswahlen bei Karmann

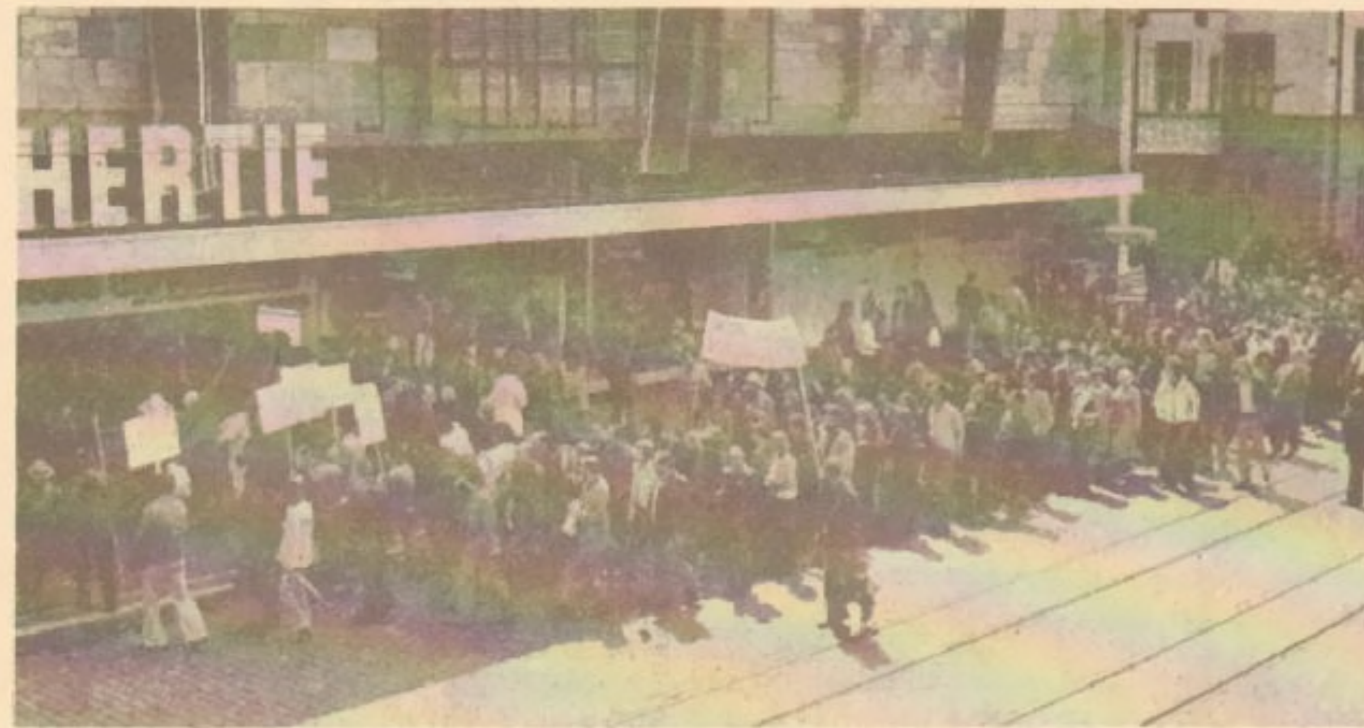
Anfang April fanden bei Karmann (6.000 Beschäftigte) in Osnabrück Betriebsratswahlen statt. Neben der Liste der IGM hatte die türkischen und die portugiesischen Kollegen je eine eigene Liste aufgestellt, hauptsächlich aus Unzufriedenheit mit dem bisherigen Betriebsrat. Die IGM-Bonzen, die auch einige „gewerkschaftstreue" Türken und Portugiesen auf ihrer Liste hatten, haben sofort reagiert. Sie gaben ein eigenes Flugblatt heraus, auf dem sie Kandidaten der beiden oppositionellen Listen als „Egoisten" und „Spalter" beschimpften. Die IGM hatte außerdem sogenannte Musterwahlzettel verteilen lassen, auf dem die Liste der IGM angekreuzt war. Damit bezweckten sie, daß unwissende Kollegen, die den Trick nicht sofort durchschauten, meinten, so müsse man wählen. Gegen die Manöver brachten die türkischen Kollegen selbst ein eigenes Flugblatt heraus, daß sie vor dem Tor verteilten.

Die Betriebsratswahl war ein Erfolg: Vier von den fünf türkischen Kollegen auf der oppositionellen Liste und zwei Portugiesen kommen in den Betriebsrat. Zur besonderen Freude vieler Kollegen darf ein vorher freigestellter Betriebsrat, der sich viel Mühe in seiner Propaganda gegen die oppositionellen gemacht hatte, jetzt wieder richtig arbeiten. Er kam nicht wieder in den Betriebsrat.

Genossen aus Osnabrück

Lohnraubabschlüsse bei der Bundesbahn und im Einzelhandel

Mit 4,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt und zwei Tagen mehr Urlaub sollen die ca. 175.000 Arbeiter und Angestellten bei der Bundesbahn in diesem Jahr abgespeist werden. 60 bis 120 DM gestaffelt nach dem Gehalt handelten die HBV-Bonzen mit den Kaufhaus-Kapitalisten aus (gefordert waren 90 bis 170 DM).



Über 400 Kolleginnen und Kollegen von Hertie in Freiburg gingen am Freitag, dem 21. 4. für ihre Forderungen auf die Straße.

Sowohl bei der Bundesbahn als auch in den Kaufhäusern hatten die Arbeiter und kleinen Angestellten mit Warnstreiks ihre Entschlossenheit bekundet, für eine echte Lohnerhöhung zu kämpfen. In zahlreichen Kaufhäusern Baden-Württembergs haben Verkäufer und Verkäuferinnen in der vorletzten und letzten Woche Warnstreiks durchgeführt. In einigen Städten wie Freiburg gingen sie für ihre Forderungen auch auf die Straße (siehe Bild). Der Tarivverrat der HBV-Bonzen ist um so empörender, wenn man weiß, wie niedrig das Einkommen der Verkäufer und Verkäuferinnen ist: 960 DM brutto bekommt eine gelernte Verkäuferin in der ersten Gehaltsklasse, 1.475 DM in der höchsten. Für ungelernte Kräfte — und sie machen einen beträchtlichen Teil der Beschäftigten in den Kaufhäusern aus — liegt der Anfangslohn bei 600 DM brutto!

Vetter für 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich

Ende Mai soll in Hamburg der DGB-Kongreß über die Bühne gehen. Über den Kurs, den dieser Kongreß einschlagen wird, äußerte sich jetzt DGB-Boss Vetter gegenüber dem Magazin „Der Spiegel". Seine Interviewpartner stiegen ein mit der provokativen Feststellung, Aufgabe der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Situation sei es, den Mitgliedern weitere Lohnsenkungen schmackhaft zu machen.

Mit keinem Wort wies Vetter diese Provokation zurück. Im Gegenteil, er antwortete: „Dafür brauchten wir erst einmal eine Übereinstimmung im Grundsätzlichen. Arbeitgeber und Gewerkschaften müßten eine gemeinsame Analyse der Situation anfertigen. Denn nur eine übereinstimmende Beurteilung schafft die Möglichkeit einer vernünftigten Reaktiom auf allen Seiten.

Vetter erläuterte auch, auf welchem Feld er diese „übereinstimmende Beurteilung" mit den Kapitalisten suchen will: bei der Frage der Arbeitslosigkeit. Er machte sich für die Einführung einer 35-Stunden-Woche stark. Aber die Sache hat einen dicken Haken. Denn, was Vetter will, ist die 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. „Wenn es darum geht", so tönte der DGB-Boß, "über Arbeitszeitverkürzung die Vollbeschäftigung wieder zu erreichen, dann sind auch die Mitglieder bereit, dafür Opfer zu bringen."

So tritt dieser Bonze den Willen der Arbeiter und kleinen Angestellten mit Füßen! Was sie fordern — und wofür auch die RGO kämpft — das ist die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Was Vetter den Kollegen aufzwingen will, ist nichts anderes als eine ständige Kurzarbeit. Schlimmer noch: denn für die fehlenden 5 Stunden in der Woche müßte ja noch nicht einmal, wie bei der Kurzarbeit, ein Ausgleich gezahlt werden. Neben dem allgemeinen Lohnabbau würden dann den Kollegen auch noch pro Woche fünf volle Stundenlöhne fehlen.

Wahrhaftig, auf der Grundlage solcher reaktionären Pläne wird Vetter sehr schnell die „übereinstimmende Beurteilung" mit den Kapitalisten finden!

Darüber hinaus machte Vetter in dem Gespräch auch massiv Stimmung für eine Wiederauflage der reaktionären „Konzertierten Aktion", indem er betonte, daß mit den arbeiterfeindlichen Plänen der 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich „der Boden bereitet wäre für regelmäßige Gespräche" zwischen den Kapitalisten, ihrer Bonner Regierung und dem Gewerkschaftsapparat.

Vetters Äußerungen machen deutlich, daß auf dem kommenden DGB-Kongreß die Bonzen neuen umfassenden Angriffen der Bourgeoisie auf die Werktätigen den Boden bereiten wollen. Auf diesem Kongreß werden nicht die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten zur Debatte stehen. Die Forderungen der Werktätigen können nur von ihnen selbst im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und der verräterischen Gewerkschaftsapparat durchgesetzt werden.

Vorwärts mit der RGO!

Bergbau / Bauindustrie:

Kollegen kämpfen für mehr Lohn

Weit über 100.000 Bauarbeiter kämpften in den letzten Wochen mit Kurzstreiks, Protestkundgebungen und Demonstrationen für ihre Forderungen.

Auf diesen Druck der Basis hin sahen sich die IG-Bau-Bonzen gezwungen, die Verhandlungen mit den Baukapitalisten abzubrechen. Aber statt nun endlich einen bundesweiten Streik zu organisieren, wie es die Bauarbeiter schon lange fordern, werden sie sich wieder mit den Baukapitalisten an einen Tisch setzen — zur Schlichtung. Schlichter ist niemand anderes als Walter Hesselbach, ehemaliger Chef der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft!

Die Empörung unter den Bauarbeitern über diese Verratspolitik ist groß. Genossen aus Nürnberg berichten: „Die Kollegen sind stolz auf den ersten geschlossenen Warnstreik (in der vorletzten Woche — RM) auf ihrer Baustelle. Es hat fast keine Streikbrecher gegeben, obwohl nur 50 Prozent in der Gewerkschaft sind. Die Plakate „Diese Baustelle wird bestreikt" hingen noch lange nach dem Streik an den Bauzäunen. Aber allen Kollegen, mit denen wir gesprochen haben, ist auch klar, daß der kurze Warnstreik nichts bringt. Nur ein Vollstreik kann Erfolg bringen. Und kampfbereit sind die Kollegen. Die meisten von ihnen nahmen auch interessiert die Broschüre „Was will die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition?', die wir dort verteilten."

Bergbau. Ein besonders krasser Lohnraubabschluß soll offenbar den Kumpels im Steinkohlenbergbau aufgezwungen werden. Obwohl bereits die erste Verhandlung zwischen den IGBE-Bonzen und den Kohlebossen stattfand, ist bisher nur die Forderung der IGBE bekannt: 6,5 Prozent, die niedrigste Forderung in diesem Jahr. Die Bergbaukapitalisten schweigen sich aus. Sie wollen ihr Angebot erst am 3. 5. bekanntgeben. Aber über ihre Absichten konnte man bereits am 27. 4. in dem Unternehmerblatt „Handelsblatt" lesen, daß „von der Ertragslage her praktisch überhaupt keine Lohnerhöhung drin" sei. Gegen diesen geplanten Lohnraub können sich die Kumpels nur wehren, wenn sie auf ihre eigenen Kräfte stützen. Vom reaktionären IGBE-Apparat haben sie nur eines zu erwarten — Verrat.

Was übrigens die „Ertraglage" der Kohlebosse angeht, so konnte man in diesen Tagen aus der Presse erfahren, daß sie sich wieder einmal Millionen an Subventionen ergattert haben: 582 Millionen DM hat Bonn ihnen jedes Jahr bis 1983 zugesichert!



Über 1.500 Bauarbeiter demonstrierten am 13. 4. in Bremen für mehr Lohn.

Siemens/Witten • AEG-Telefunken und Schering/Westberlin

10 klassenkämpferische Betriebsräte gewählt

15% der abgegebenen Stimmen erhielt die Liste „Lichtblick" bei AEG-Telefunken in Westberlin. Damit kamen beide Kandidatinnen dieser oppositionellen Liste in den Betriebsrat. 4 der 5 Kandidaten der Liste „Kontra" bei Schering in Westberlin wurden von ihren Kollegen in den Betriebsrat gewählt. Bei Siemens in Witten errang die Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) 30,9% der abgegebenen Stimmen. Das waren nur 14 Stimmen weniger als die Liste der IGM erhielt. Alle vier Kandidatinnen dieser Liste zogen damit in den Betriebsrat ein.

Über den Ablauf der Wahl bei Siemens berichtet Annette Schnoor, Listenführerin der RGO-Liste und bereits seit mehreren Jahren Betriebsrätin:

Bei uns standen 4 Listen zur Wahl: Die Liste der IGM, die Liste des reaktionären Betriebsratsvorsitzenden Rein, die Liste der Werkzeugmacher und die Liste der RGO. Am Tag der Wahl kamen schon früh morgens Kolleginnen aus anderen Abteilungen zu mir, die ich zum Teil gar nicht kannte, um mir zu versichern, ihre Abteilung wählte die RGO-Liste, die Liste 2. Wann auch immer wir an der Wahlurne auftauchten — lachende Gesichter, Winken: „Alles klar!" Einige Einrichter waren damit beschäftigt, die Kolleginnen herunterzuputzen, die offen ihre Unterstützung für unsere Liste zeigten. Aber das nutzte auch nichts mehr. Der IGM-Apparat hatte in Zusammenarbeit mit verschiedenen Meistern und Einrichtern alles versucht, um mit Drohungen, Lügen und Erpressungen unsere Liste kaputtzumachen. **Jetzt bei der Wahl erhielten sie die Quittung dafür 342 Stimmen (30,9%) für die RGO, nur 13 Stimmen weniger als die IGM! Damit sind alle 4 Kandidatinnen der RGO-Liste — 3 deutsche und eine türkische Kollegin — in den Betriebsrat gewählt.** Die IGM hat mit 32% der Stimmen auch 4 Betriebsräte, die Rein-Liste 3 und die Werkzeugmacher keinen.

Viele Kolleginnen riefen noch am Abend bei mir an, um das Wahlergebnis zu erfahren. Als ich am nächsten Morgen in den Betrieb kam, wußte meine ganze Abteilung schon Bescheid. An meinem Platz standen Blumen und den ganzen Tag lang kamen Kolleginnen vorbei, um uns zu beglückwünschen. Alle freuten sich über unseren Sieg über den alten IGM-Betriebsrat und besonders über den verhaßten Betriebsratsvorsitzenden. Die Kollegen hoffen, daß es uns jetzt endlich gelingt, Rein aus dem Betriebsratsbüro zu verjagen und wieder arbeiten zu schicken.

Siemens•Witten. Großen Anklang bei den Kollegen fand der hier abgebildete Kleber der RGO. Zum Ärger der Bosse und Bonzen tauchte er vor der Betriebsratswahl an vielen Stellen im Betrieb auf.


ROTER LAUTSPRECHER

BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML FÜR SIEMENS / WITTEN

Wählt revolutionäre Betriebsräte

WÄHLT LISTE 2 RGO!

Bei der Betriebsratswahl am kommenden Donnerstag steht zum ersten mal eine Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition „RGO zur Wahl. ...



Betriebsratswahl im Roten-Kreuz-Krankenhaus in Bremen:

Liste „Frischer Wind" erringt einen Sitz

Am Roten-Kreuz-Krankenhaus in Bremen herrscht — wie in vielen anderen Krankenhäusern auch — eine absurde Situation. Der größte Teil des Pflegepersonals, die Schwestern, sind keine „Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes". Warum? Sie sind Mitglieder der Schwesternschaft des Roten Kreuzes und arbeiten deshalb „nicht in erster Linie für das Entgelt", sondern „karitativ"! Aus diesem Grund sind sie auch bei den Betriebsratswahlen nicht wahlberechtigt.

Diese Spaltung der Kollegen hat der bisherige ÖTV-Betriebsrat hingenommen, ohne etwas dagegen zu unternehmen. Als jetzt die Wahl anstand, wurde die ÖTV rührig. Sie sorgte dafür, daß auch die Schwesternschülerinnen wahlberechtigt wurden. Eigentlich eine gute Sache. Aber warum war der ÖTV-Apparat plötzlich dafür? Weil so die Zahl der Wahlberechtigten über 300 kam und ein ÖTV-Betriebsrat freigestellt werden kann!

Aber diese Wahl sollte anders verlaufen als es sich die ÖTV-Bonzen vorgestellt hatten. Nach Gesprächen mit vielen Kollegen, aus denen die Wut über den bisherigen Betriebsrat sprach, stellten eine Krankengymnastin und ein Arzt eine oppositionelle Liste auf. In einem Flugblatt begründeten sie, warum sie bewußt gegen die ÖTV-Liste kandidierten, die zuvor arrogant behauptet hatte, „nicht organisierte Kollegen und Mitglieder von Splittergruppen nützen nur dem Arbeitgeber"!

Welch ein Schock für die siegessichere ÖTV! Die Bonzen reagierten wie aufgescheuchte Hühner. Sie hetzten gegen die „Kommunistenliste" — aber umsonst. An einem Tag waren die notwendigen Unterschriften zusammen. Auf einer Betriebsversammlung erklärte einer der Kandidaten nochmals, wie sich die oppositionellen Kandidaten ihre Arbeit vorstellten und fand dabei die Zustimmung vieler Kollegen. Leider gelang es der Oberin mittels eines eilig herbeigeschafften Rechtsanwalts, viele Schülerinnen einzuschüchtern und von der Teilnahme an der Wahl abzuhalten. **Dennoch kam die Liste „Frischer Wind" durch und bekam 15 Prozent der Stimmen und einen Sitz im Betriebsrat!**

AEG/Brunnenstraße in Westberlin:

Liste „Frischer Wind" steht zur Wahl

Drei Kollegen kandidieren auf der Liste „Frischer Wind" zu den Betriebsratswahlen bei AEG/Brunnenstraße in Westberlin: der Werkzeugausgeber Gerhard Lux, die Isoliererin Ilse Töle und der Montageschlosser Erhard Maletzki.

Kurz nachdem das Wahlausschreiben aushing, wurde es den Kandidaten verboten, während der Arbeitszeit Unterschriften zu sammeln (dieses Verbot mußte allerdings durch ein Arbeitsgerichtsurteil aufgehoben werden). Ganz im Gegensatz dazu durften die IGM-Funktionäre ihre Unterschriften während der Arbeitszeit eintreiben!

Üble Lügen wurden in die Welt gesetzt. So wurde z. B. das Gerücht verbreitet, daß die Liste „Frischer Wind" mit der SEW eine gemeinsame Liste bilden würde usw. Auf einer Betriebsversammlung nahm der Listenführer dazu Stellung, nahm — auch mit einem Zitat aus dem Programm der Liste — gegen die SEW Stellung und entlarvte, daß es vielmehr der IGM-Apparat ist, der mit der SEW zusammengeht. Der Ortsjugendausschuß z. B. besteht hauptsächlich aus SEW-Mitgliedern. Die Kandidatin Ilse Töle prangerte auf der gleichen Versammlung an, daß in einer Frauenabteilung die schwere Arbeit zu Gesundheitsschäden und sogar zu Fehlgeburten führt. Der Betriebsrat reagierte sofort. Aber nicht, indem er gegen die skandalösen Verhältnisse vorging, sondern, indem er ein Flugblatt gegen die Kollegin Ilse verbreitete! Der IGM-Apparat hat inzwischen Ausschlußverfahren gegen die drei Kollegen eingeleitet.

Die Kollegen bei AEG haben das Auftreten und den Kampf der Liste „Frischer Wind" mit wachsender Sympathie verfolgt. Einige sammelten selbst Unterschriften. Als schließlich bekannt wurde, daß die Liste mit 118 Unterschriften steht, war die Freude groß.

Von den Kollegen gewählt — von den Bonzen gefeuert

Mit sofortiger Wirkung wurden in der letzten Woche die fünf Kandidaten der Liste „Kollegengruppe" bei HDW in Hamburg aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Auch andere Kandidaten oppositioneller Listen wurden bereits ausgeschlossen bzw. erhielten ein Ausschlußverfahren. So der einzige Kandidat der Liste „Wehrt Euch" bei Schmalbach-Lubeca in Heilbronn, die drei Kandidaten der „Oppositionellen Liste" am Krankenhaus Neukölln in Westberlin, eine Kandidatin der Liste „Kontra" bei Schering usw.

Diese Ausschlüsse erfolgen in der Regel aufgrund von Vorstandsbeschlüssen der Einzelgewerkschaften. Danach droht jedem, der auf einer anderen Liste als der der betreffenden Gewerkschaft zu den Betriebsratswahlen kandidiert, der Ausschluß wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhalten". (Einige Einzelgewerkschaften gehen noch weiter: Sie erklären in ihren Beschlüssen auch jeden zum Gewerkschaftsfeind, der solche oppositionellen Listen unterstützt.)

Diese Gewerkschaftsausschlüsse haben in den Betrieben große Empörung ausgelöst. Denn schließlich haben die Kollegen — und das sind ja fast ausschließlich Gewerkschaftsmitglieder — ihren Willen und ihre Meinung klar zum Ausdruck gebracht. Sie haben mit 15% (HDW) oder gar 65% (Schmalbach-Lubecka) gewählt und damit eindeutig erklärt, wer ein Gewerkschaftler in ihrem Sinn ist! Gerade die Gewerkschaftsausschlüsse der Betriebsräte bzw. der Betriebsratskandidaten der RGO und anderer oppositioneller Listen sind deshalb ein deutlicher Beweis dafür, was die Gewerkschaftsbonzen tatsächlich von der „gewerkschaftlichen Demokratie" halten, von der sie dauernd schwätzen. Nämlich nichts!

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen! Gegen die Diktatur des Apparats über die Mitglieder, gegen den weiteren Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie!

Wahlbetrug bei Daimler?

Die Freude der IGM-Bonzen am Wahlausgang bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim war nur von kurzer Dauer. Denn jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft, und beim Arbeitsgericht wurde eine Wahlanfechtungsklage eingereicht.

Ans Tageslicht gekommen war folgendes: Bei der Stimmenauszählung im Mettinger Zweigwerk hatte man beim Öffnen der Wahlurnen sonderbare Stimmzettelberge gefunden, zusammenhängende Briefumschlagstapel, die so auf keinen Fall durch den Briefschlitz passen konnten. Außerdem waren nach Zeugenaussagen 124 Zettel mit völlig gleich aussehenden Wahlkreuzen versehen. Rund 30 anwesende Zeugen protestierten sofort. Aber der Wahlvorstand ließ sich nicht beirren und weigerte sich sogar, wenigstens die Zahl der Stimmzettel mit der Zahl der auf den Wählerlisten abgehakten Wahlberechtigten zu vergleichen!

Der Wahlvorstand streitet natürlich alles ab: Irgendwelche Besonderheiten seien nicht aufgetreten. Der Stuttgarter IGM-Bevollmächtigte Gottschlich versucht sich aus der Affäre herauszuhalten: Das Ganze sei nicht Sache der IG Metall. Interessanterweise aber spricht er sich gleichzeitig für Neuwahlen bei Daimler aus. Wir meinen: Das spricht für sich.

Heirat als Kündigungsgrund

Einer Kindergärtnerin aus Saarbrücken wurde von der katholischen Kirchengemeinde, der Trägerin des Kindergartens, gekündigt. Entlassungsgrund: Die Kindergärtnerin hatte einen geschiedenen Mann geheiratet. Eine Klage vor dem Arbeitsgericht war erfolglos. Der Richterspruch lautete: Die Kündigung sei berechtigt und sozial gerechtfertigt. Konfessionell orientierte Kindergärten hätten einen besonderen Erziehungsauftrag und demgemäß müßten sich auch die Kindergärtnerinnen verhalten.

Das Urteil eines weltfremden Richters? Irrtum! Das ist das Urteil des ersten Senats beim Bundesarbeitsgericht in Kassel!

Personalrat mit Wanzen belauscht

Das Münchner „Krankenhaus rechts der Isar" macht Schlagzeilen. Wie jetzt bekannt wurde, hatte ein Amtmann des Krankenhauses eine Personalratssitzung mit „Wanzen" abgehört und in einem Nebenraum auf einem Tonband mitgeschnitten. Das Material sollte dazu dienen, ein der Krankenhausleitung unbequemes Personalratsmitglied per Arbeitsgerichtsprozeß loszuwerden.

Das Arbeitsgericht lehnte diesen Beweis ab. Die Krankenhausleitung allerdings verteidigt weiter ganz offen diese Bespitzelung. Ihr unverfrorener Kommentar: Es habe sich um eine öffentliche Personalratssitzung gehandelt und deshalb sei ein solcher „Mitschnitt" auch rechtens.

Pünktlich zum 1. Mai

erschien die Nr. 1 der Berufschulzeitung der Roten Garde in Bremen. Die Rote Garde ruft darin zur Teilnahme an den Roten 1.-Mai-Demonstrationen der RGO auf. Denn auf dem Regierungsmai haben die Jugendlichen nichts verloren. Gerade in der letzten Zeit haben sie den Verrat der DGB-Bonzen zu spüren bekommen — die sich gegen den Kampf um das **Streikrecht für Lehrlinge** stellten; die in den letzten Tarifrunden die Forderung vieler Kollegen nach **Existenzlohn für Lehrlinge** bzw. **Festgeldforderungen** verrieten; die den Vulkan-Kollegen auf der letzten Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit verbieten wollten, das Transparent **„Übernahme aller Lehrlinge fest und unbefristet!"** zu tragen.

Erfolgreicher Streik von Seeleuten

Zehn Tage lang streikten die philipinischen Seeleute der Besatzung des unter Panamaflagge fahrenden Frachters „Maritim King" in Hamburg. Sie kämpften für die Auszahlung von sage und schreibe 174.000 Dollar vorenthaltener Heuer. Und sie erreichten ihr Ziel! Zusätzlich mußte ihnen die Reederei die Bezahlung des Heimflugs zusichern.

Mehrmals hatten Polizisten versucht, Streikbrecher an Bord zu schleusen. Das wurde aber von den Seeleuten wiederholt vereitelt, indem die Gangway hochgezogen wurde und deutsche Kollegen einen Ring vor dem Schiff bildeten.

Aus aller Welt

Tschad: Französische Imperialisten entsenden Fremdenlegionäre

In der letzten Woche haben die französischen Imperialisten weitere Militäreinheiten, vor allem Fremdenlegionäre, in den zentralafrikanischen Staat Tschad entsandt. Damit wollen sie das von Paris abhängige Regime des Tschad bei der Niederhaltung des Volkes und der Vernichtung der bewaffneten Verbände der Patrioten unterstützen. Dieses brutale militärische Eingreifen der ehemaligen Kolonialmacht hat eine breite Welle des Protestes in der Bevölkerung ausgelöst. Mehrere Städte wurden Schauplatz von militanten Demonstrationen, gegen die das Regime mit blutigem Terror vorging. Eine unbekannte Zahl von Demonstranten wurde ermordet. Inzwischen ist von den patriotischen Kräften im Tschad der Generalstreik ausgerufen worden.

Nach den Angaben der Patrioten stehen jetzt 7.000 französische Soldaten im Land. In heftigen Gefechten der letzten Zeit konnten 60 Fremdenlegionäre getötet und mehrere Kampfflugzeuge der französischen Aggressoren abgeschossen werden. Die Ereignisse im Tschad zeigen: Auch wenn die französischen Imperialisten über diesem Land nicht mehr ihre direkte koloniale Herrschaft ausüben, so sind sie doch nach wie vor die wahren Herren im Tschad. Und ihre imperialistischen Interessen verteidigen sie mit nackter militärischer Aggression gegen die Volksmassen.

Westsahara: Partisanen unterbrechen Eisenbahnlinie

Aus dem nördlichen Teil der Westsahara wurden in der letzten Woche schwere Gefechte zwischen den sahaurischen Patrioten und den marokkanischen und mauretanischen Besatzern gemeldet. Trotz aller militärischen Sicherheitsvorkehrungen der Besatzer griffen die Patrioten wieder die zentrale Bahnlinie des Landes an, auf der das von den Besatzern und den hinter ihnen stehenden Imperialisten ausgeplünderte Erz transportiert wird. Allein in diesem Jahr ist die Bahnlinie schon viermal von den bewaffneten Einheiten der Patrioten unterbrochen worden.

Auch in der Westsahara haben die französischen Imperialisten mehrmals mit ihren Truppen direkt in die Kämpfe eingegriffen. So flogen französische Jagdbomber zum Beispiel Napalmangriffe gegen Einheiten der Patrioten und auch gegen die Zivilbevölkerung.

Zimbabwe: Massendemonstrationen gegen das Rassisten-Regime

Am 3. März hat das rhodesische Rassisten-Regime ein sogenanntes „internes Abkommen" mit drei schwarzen Marionetten-Politikern abgeschlossen. Danach wurden diese drei Verräter in die Regierung gehievt und Rassisten-Chef Smith verkündete, nun gebe es eine gemischtrassische Regierung und damit seien die Forderungen des Volkes von Simbabwe erfüllt. Tatsächlich jedoch kämpft das Volk für die vollständige Befreiung vom Joch der rassistischen Unterdrücker, die nach wie vor ihre Terrorherrschaft über das Land ausüben.

Gegen den demagogischen Kuhhandel mit dem „internen Abkommen" kam es in der letzten Woche wieder zu Massendemonstrationen in der Hauptstadt Salisbury. 80 Demonstranten wurden dabei verhaftet. Sie sollen vor ein Gericht der Rassisten gezerrt werden. Unterdessen haben die bewaffneten Patrioten ihre Kampftätigkeit verstärkt. Wie ein Sprecher bekannt gab, haben sie in der letzten Zeit wöchentlich in jeder Provinz des Landes den Truppen der Rassisten ein größeres Gefecht geliefert.

Namibia: Westliche Imperialisten und Vorster-Regime einig über Wahlmanöver

Die südafrikanischen Rassisten haben jetzt ihre Zustimmung zu dem sogenannten „Namibia-Plan" der westlichen Imperialisten erklärt. Danach soll Ende dieses Jahres in dem von dem rassistischen Vorster-Regime besetzten Land ein Wahlmanöver durchgeführt werden. Ausdrücklich sieht der Plan vor, daß die Besatzertruppen weiter im Land bleiben und daß auch die Polizeigewalt weiter von den südafrikanischen Rassisten ausgeübt wird. Unter diesen Umständen von „freien Wahlen" zu sprechen, wie es jetzt die Herren in Washington, Bonn oder London tun, ist ein Hohn. Das bestätigte sich in der letzten Woche auch wieder durch eine neue Großrazzia der Rassisten in der Hauptstadt Windhuk, bei der eine Reihe von Patrioten verhaftet wurden.

Japan: Allgemeiner Streik im Verkehrswesen

Ein mächtiger Streik der Beschäftigten der Verkehrsbetriebe legte in der letzten Woche nahezu den gesamten Fernverkehr in Japan lahm. 98 Prozent der fahrplanmäßigen Züge fielen aus. Auch der Nahverkehr in den großen Städten kam zum größten Teil zum Erliegen. Die Fluggesellschaft JAL mußte ein Drittel ihrer Flüge streichen, weil ein Teil des Bodenpersonals ebenfalls in den Streik getreten war. Mit ihren massiven Kampfaktionen fordern die Arbeiter und Angestellten der Verkehrsbetriebe eine Erhöhung ihrer Löhne.

Sowjetunion: Passagierflugzeug beschossen



Dieses Foto wurde aus dem Fenster einer südkoreanischen Verkehrsmaschine gemacht, die sich über dem Territorium der Sowjetunion verflogen hatte. Das auf dem Bild zu sehende russische Kampfflugzeug beschoß wenig später die Verkehrsmaschine. Zwei Menschen wurden bei diesem Piratenstück getötet, andere zum Teil schwer verletzt.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Die Ruinierung der Küstenfischer wird vorangetrieben

Korrespondenz. Daß die Bourgeoisie in Westdeutschland das größte Bauernlegen der Geschichte betreibt, das ist schon allgemein bekannt. Weitaus weniger wissen wir im Gegensatz dazu über die Küstenfischer, hauptsächlich wohl, weil ihre Anzahl begrenzt ist, ganze 734 Menschen leben noch an den Küsten Niedersachsens und Bremens hauptberuflich von der Fischerei (ohne Hochseefischer). Doch gerade hier hat der Kapitalismus ein brutales Fischerlegen vollzogen. 1949 gab es an diesen Küsten noch 653 Kutter (über 10 Meter Länge), heute sind es nur noch 266.

Besuchen wir einmal einen Fischerhafen, wie etwa Bensersiel, Westeraccumersiel oder Greetsiel in Ostfriesland, Dangast oder Varel am Jadebusen, Fedderwardersiel, Wremen oder Spieka an der Wesermündung, so treffen wir fast nur noch Ältere an. Die Söhne und Töchter sind weggezogen, denn „der Fischfang lohnt schon lange nicht mehr". Es ist eine harte Arbeit, oftmals 16 Stunden Tag und der Verdienst ist lächerlich gering. So konnte im Durchschnitt ein Kutter 1976 für 64.000 DM Fisch und Krabben anlanden. Von diesem Geld müssen in der Regel zwei Besatzungsmitglieder bezahlt und der Kutter unterhalten werden.

Ein neuer Kutter kostet neu mindestens eine halbe Million, gebraucht kann man welche für 100.000 DM bekommen. Welcher Fischer kann heute noch diese Unsummen aufbringen? Der Staat gibt zwar einige zinsverbilligte Kredite, einen Teil des Geldes aber muß über die Banken finanziert werden. Ein Kredit kostet in der Regel 8% Zinsen, im Jahr macht das für einen neuen Kutter etwa 16.000 DM Zinsen neben dem verbilligten Kredit vom Staat. Und natürlich läuft so ein Kutter nicht von allein, nach Abzug des Dieselkraftstoffes und Schmieröls verbleiben den zwei Mann der Besatzung zusammen etwa 30.000 DM zum Leben, zum Steuerzahlen und für die Sozialabgaben. Bei dieser Rechnung ist natürlich noch kein Pfennig des Kredits für den neuen Kutter abbezahlt worden. Kein Wunder also, daß unsere Fischer immer mehr verschulden und die Jungen keine Zukunft mehr in der Küstenfischerei sehen und in die Städte abwandern.

Der Bonner Staat fördert dies Fischerlegen noch mit sogenannten Abwrackprämien. Ähnlich wie in der Landwirtschaft werden auch hier fast ausschließlich nur die Großen gefördert. So besitzt alleine die „Nordsee", der größte Fischerei- und Fischverarbeitungskonzern, 62 modernste Hochseefischereifahrzeuge, die mit zusammen 70.000 Bruttoregistertonnen fast das Dreifache der Tonnage aller Küstenfischereifahrzeuge aufbieten können. Mit Hilfe des Staates haben die großen Konzerne die Kutterfischer im wesentlichen schon ruiniert. Die Preise für Fisch sind für die Verbraucher in der letzten Zeit gewaltig gestiegen, die Konzerne teilen den Markt unter sich auf. Die lästigen Konkurrenten, die kleinen Fischer, die oftmals als Familienbetrieb arbeiten, haben sich auf den Fang von Krabben beschränkt, weil sich dieser Fang in Küstennähe für die großen Räuber noch nicht lohnt.

Still geht das Fischersterben vor sich, der Fischereiverband nimmt sich nicht ihrer an, denn in diesem Verband werden nur die Interessen der Großen vertreten. Laut klagt dieser Verband über die Not der Hochseefischer und meint die Konzerne, die von einzelnen Ländern, wie Island z.B., bei ihrem Raubbau in den Meeren in die Schranken verwiesen wurden. Die kleinen Fischer aber haben in der Vergangenheit bewiesen, daß sie sehr wohl in der Lage sind zu kämpfen. Die Besatzung des kleinen Knechtsandes und ihre Kämpfe um Helgoland in den fünfziger Jahren sind ein Ausdruck davon.

Die Küstenfischer gehören an die Seite der Arbeiter und der Bauern, auch sie sind Teil der revolutionären Landvolkbewegung, die es jetzt zu organisieren gilt. Unter der politischen Führung der Partei wird diese eigenständige revolutionäre Landvolkbewegung den Weg des Kampfes gegen das Kapital und den Bonner Staates gehen.

Die Fischer kennen und lieben die Freiheit. Die Küste und das Meer zeigen ihnen jeden Tag wieder, daß sie heute zu Sklaven auf eigenem Kutter geworden sind. Zinssklaven vor allem für die Banken und Konzerne. Das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland wird ihnen diese Freiheit geben. Endlich taucht für diese geknechteten Menschen an den kleinen Häfen wieder ein Ziel auf, für daß es sich lohnt zu kämpfen.

Zweierlei Maß

Korrespondenz. Drei Bauern kauften im Landkreis Cloppenburg Ländereien, die in einem Landschaftsschutzgebiet liegen. Der erste Bauer erstand 1,5 ha, beantragte beim Kreisamt die landwirtschaftliche Nutzung, dies wurde abgelehnt. Der Zweite Bauer erwarb 9 ha und nutzte sie ohne Genehmigung. Er wurde dafür vom Kreisamt wegen Verstosses gegen das Landschaftsschutzgesetz angeklagt.

Der dritte Bauer schließlich kaufte 12 ha und nutzt sie ohne Genehmigung. Sein Eingriff in die Landschaft blieb ohne Folgen. Denn hier handelte es sich nicht um irgendeinen Bauern, sondern um den niedersächsischen Landwirtschaftsminister Glup (CDU).

Einmal gestellt, war dieser feine Herr um Ausreden nicht faul. Ihm sei nicht bekannt gewesen, daß dies ein Landschaftsschutzgebiet sei. Nachdem ihm niemand diese Lüge abkaufte, lag doch dies Gebiet direkt vor seiner Haustür, kam etwas ganz Neues den erstaunten Bauern zu Ohren. Er habe diese Flächen nicht genutzt, sondern nur gedüngt. Seit wann aber Roggen Dünger und kein Getreide mehr ist, konnte bisher in der Fachliteratur nicht in Erfahrung gebracht werden. Die Bauern stellten fest, daß die landwirtschaftlichen Fachkenntnisse des Herrn Landwirtschaftsministers sehr zu wünschen übrig lassen.

In einem Leserbrief forderten die Bauern, auch „Unwissenheit dürfe vor Strafe nicht schützen". Aber auch das scheint für einen Minister keine Gültigkeit zu haben.

Brunsbüttel

Radioaktive Milch durch Kernkraftwerk

Knapp sieben Monate nach der Übernahme des Kernkraftwerks Brunsbüttel durch die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) und die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) ist festgestellt worden, daß in der Milch von Kühen, die bis zu einer Entfernung von 2.500 Metern geweidet hatten, ein erhöhter Gehalt an Jod 131 enthalten war.

Jod 131 ist ein hochradioaktives Abfallprodukt der Atomkernspaltung, das, wenn es freigesetzt wird, über das Gras von den Kühen aufgenommen wird und durch die Milch auch in den Menschen gelangt. Dort wird es ausschließlich in der Schilddrüse eingelagert, was zu Schädigungen wie Totgeburten, Mißbildungen und Krebserkrankungen führen kann. Die Ursache dieser erschreckenden Feststellung ist in den drei Störfällen des Kernkraftwerks zu suchen, die 1977, nach der Übernahme durch NWK/HEW, einen Ausfall von fast sechs Monaten verursachten. Diese Störfälle kamen dadurch zustande, daß einmal die Technologie der Kernkraftwerke noch völlig unausgereift und fehlerhaft ist (in diesem Fall Beschädigungen von Axialpumpen), zum anderen haben die neuen Betreiber des KKW seit dem Tag der Übernahme den Reaktor auf Vollast laufen lassen.

Während die NWK/HEW bei der ersten Störung noch von „planmäßiger Überholungsarbeit" sprach, konnte sie in den anderen beiden Fällen die technischen Pannen nicht mehr leugnen. Inzwischen ist klar, daß es sich auch im ersten Fall um einen Störfall gehandelt haben muß. Es sind zur Zeit der Störung in der Umgebung 95 Prozent der zulässigen Höchstmenge an Jod 131 gemessen worden. Wenn man weiß, daß diese Höchstgrenze relativ willkürlich festgelegt wird (in anderen Ländern ist sie viel niedriger angesetzt worden), kann man sich vorstellen, welche Gefahr der radioaktive Fallout in Wirklichkeit darstellt.

Das ist aber noch nicht alles. Wie die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe-Brunsbüttel herausgefunden hat, ist in der Zeit der Milchverseuchung kein erhöhter Gehalt an radioaktiven Jod-131-Abgasen gemessen worden. Bei einer „planmäßigen Überholung" 95 Prozent — bei einem Störfall mit Öffnung des Reaktordruckgefäßes kein erhöhter Fallout? Die Erklärung für diese merkwürdige Erscheinung: Die Meßgeräte, die von den Betreibern des KKW gewartet werden (!), sind manipuliert worden! Man wollte die wahren Auswirkungen vertuschen! Hier zeigt sich, mit welchen brutalen und verbrecherischen Methoden die Energiekapitalisten bereit sind, über Leichen zu gehen. Hauptsache, der Reaktor bringt Energie — und damit Geld!



Demonstration gegen das geplante Zwischenlager in Stade

—GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!—

Kieler Antifaschistenprozeß:

Weg mit den Terrorurteilen!

Unter dem „Schutz" von 200 bis 300 Polizisten fand der Berufungsprozeß gegen die vier Kieler Antifaschisten Dietrich Lohse, Ewald Arndt, Wilfried Horns und Egon Dirks statt. Allein zehn Polizisten saßen direkt im Verhandlungsraum, uniformiert und bewaffnet. Ein Antrag, sie aus dem Saal zu entfernen, wurde abgelehnt mit der Begründung, sie seien nötig, um eventuelle Zwischenfälle zu unterbinden. Ob bewaffnet oder nicht, da hätte das Gericht keinen Einfluß drauf.

Mit dieser Provokation begann die Verhandlung, bei der der Staatsanwalt das Urteil der ersten Instanz noch weiter verschärfen wollte. **Im November letzten Jahres waren Dietrich und Ewald zu sechs Monaten ohne Bewährung und Wilfried und Egon zu vier Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden, weil man ihnen — unter abenteuerlichen Methoden der „Wahrheitsfindung" — zur Last gelegt hatte, einen Propagandastand der Faschisten in Kiel zerstört zu haben und gegen die Faschisten mit Gewalt vorgegangen zu sein.**

Die Faschisten, die sich mit Naziparolen und -symbolen in Kiel hatten versammeln können, durften dann im November die Antifaschisten, die sich über das Treiben der braunen Pest empörten, vor Gericht ziehen. Mehr noch, sie konnten sie mit den übelsten und gesetzwidrigsten Methoden verurteilen lassen.

• So konnten die Zeugen — allesamt Nazis — 19 Personen im Gerichtssaal hundertprozentig als „Täter" wiedererkennen, obwohl sich hinterher herausstellte, daß nachweisbar 15 von ihnen überhaupt nichts mit der Aktion gegen den Nazistand zu tun gehabt hatten.

• So konnten die „Zeugen" während der Prozeßpausen sich ungehindert miteinander absprechen, um sich über die „Verdächtigen" zu einigen usw.

Während hier die Faschisten Hand in Hand mit den Staatsorganen vorgehen durften, wurden die Kommunisten und Antifaschisten vom Staatsanwalt als die „zukünftigen Bombenleger und Terroristen" bezeichnet. Entsprechend hart fiel das Urteil aus. Dem Staatsanwalt noch nicht hart genug. Im ersten Prozeß schon verlangte er, daß die vier Angeklagten „die ganze Härte des Gesetzes" zu spüren bekommen. Offen gibt er den Zweck eines solchen Urteils in seiner Berufungsbegründung an: „Abschreckung der Angekiagtèn und anderer." Ja, man soll durch so drastische Urteile abgeschreckt werden, der braunen Pest entgegenzutreten. Man soll die Nazibanden gewähren lassen, sich entwickeln lassen, damit der Bonner Staat ein neues 33 errichten kann, mit den Nazibanden als Hilfstruppen gegen eine entwaffnete werktätige Bevölkerung. So hätten sie es gerne. Aber unsere Partei und alle aufrechten Antifaschisten lassen sich auf diese Weise nicht abschrecken! Auch gegen den Berufungsprozeß führte die Partei den Kampf.

Ein Erfolg für die Angeklagten war, daß sie es durchsetzen konnten, daß die Faschisten über ihre Organisationszugehörigkeit aussagen mußten. Fünf „Zeugen" mußten sich erklären. So z. B. Jobit Stolp, früher im Landesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten". Heute gehört er „radikaleren Organisationen" an. Dem Zeugen Bernburg aus Berlin, der behauptet, nicht in der NPD zu sein, konnte vorgehalten werden, daß er in Jugoslawien schon einmal wegen Waffenschmuggel in Zusammenhang mit der NSDAP verurteilt worden war. Auch die anderen drei „Zeugen" verstrickten sich in Widersprüche. Ebenfalls tauchte in diesem Prozeß der Nazianwalt Rieger auf (Maidanek-Prozeß), der selber aktiver Nazi in Hamburg ist. Und dieser illustren Faschistenbande wird hier die Möglichkeit gegeben, ihren Haß an Antifaschisten auszutoben, sie anzuklagen und ihre Verurteilung zu betreiben.

Schon vor dem ersten Verhandlungstag hatte die Partei einen Arbeitertreff durchgeführt, ebenso am Abend des Verhandlungstages. Der Kieler Agitproptrupp trat mitten im Einkaufszentrum Kiels auf und führte ein Antifaschistenstück vor. An beiden Sonnabenden vor dem Prozeß blieben je über 50 Leute stehen, die sich richtig engagierten. Dabei wurden Flugblätter verteilt, etwa 600 in einer Stunde. Das zeigt, wie sehr die Bevölkerung Kiels den Kampf unserer Partei gegen die Faschisten unterstützt. Der Auftritt des AP-Trupps wurde der Polizei gemeldet. Als diese eintraf, waren die Genossen des AP-Trupps längst in den Massen verschwunden.

Trotz des jämmerlichen Bildes, das die faschistischen „Zeugen" am ersten Verhandlungstag abgaben, muß man damit rechnen, daß das Gericht seine Absicht hartnäckig weiter verfolgt, die Urteile noch zu verschärfen. Am 8. Mai ist der zweite Termin angesetzt. **Die Partei ruft weiter die antifaschistische Öffentlichkeit auf, die Forderung durchzusetzen zu helfen:**

Weg mit den Terrorurteilen gegen die Kieler Antifaschisten!

9 Werktätige in Hamburg vor Gericht

Sie sollen ins Gefängnis, weil sie Antifaschisten sind

Am 8. Mai 1978, dem 33. Jahrestag der Niederlage des Hitler-Faschismus, beginnt in Hamburg ein Mammutprozeß gegen neun Antifaschisten. 17 Prozeßtermine sind im sogenannten „Affenkäfig" geplant, dem Staatsschutzsaal mit Glastrennwänden und automatisch schließender Tür.

Worum geht es?

• Am 7. 8. 1976 fand in Hamburg ein internationaler Faschistenkongreß statt: „Kongreß der nationalen Kräfte — vereint gegen den Kommunismus." Teilnehmer waren alte und neue Nazis, u. a. der in Italien steckbrieflich gesuchte Südtiroler Bombenleger Burger.

• Die Hamburger Werktätigen waren empört. Der Hamburger Senat jedoch stand auf der Seite der Faschisten. Hunderte Polizisten wurden abkommandiert, um die Faschisten zu schützen. Zu ihrer vollen Zufriedenheit. Martin Mußgnug, Vorsitzender der NPD, rückblickend: „Hamburg bot sich als weltoffene Stadt an, hier unseren Kongreß zu veranstalten. Der Polizeischutz in dieser Stadt ist hervorragend. In vielen anderen Städten wäre unsere Sicherheit bestimmt nicht so gut gewährleistet worden."

• Trotz des Riesenpolizeiaufgebots protestierten die Hamburger Antifaschisten in großer Zahl gegen diese faschistische Provokation. Zehn von ihnen wurden verhaftet. Neun sollen jetzt — stellvertretend für alle Antifaschisten — abgeurteilt werden. Die Anklageschrift — fast alle Antifaschisten sind wegen schwerem Landfriedensbruch angeklagt — läßt keinen Zweifel daran, daß diese neun Arbeiter, Angestellten und Jugendlichen hinter Gitter gebracht werden sollen.





Vier der angeklagten Antifaschisten: Michael W. Metallarbeiter, Jürgen P. Betriebsrat im Hafen, Thomas K. Student, Uwe R. Elektriker

Solidarität mit den Hamburger Antifaschisten!

Prozeßtermine: 8., 9., 10., 18., 23., 25., 29. Mai; 5., 7., 9., 13., 15., 19., 21., 23., 27. und 29. Juni. Jeweils um 9.00 Uhr im Strafjustizgebäude, Sievekingplatz 3, erster Stock, Saal 237.

Erfolgreicher Kampf gegen Provokation der Faschisten

Etwa 400 Antifaschisten schlossen sich am Sonnabend in Rüsselsheim zusammen, um eine provokative Hetzkundgebung der faschistischen NPD zu verhindern. Einheiten der Polizei stellten sich schützend vor die Nazis und versuchten, die Demonstranten zurückzuschlagen. Bei den Auseinandersetzungen wurde ein Antifaschist von den Schlägern in Uniform am Kopf verletzt, zwei weitere wurden festgenommen. Trotzdem gelang es den braunen Banditen nicht, ihre Kundgebung so, wie sie es geplant hatten, durchzuziehen.

Auch der DGB hatte unmittelbar neben der Nazikundgebung zu einer Protestversammlung aufgerufen. Als es allerdings zu den Auseinandersetzungen kam, gaben die Bonzen die Parole aus: Alle sollen gemeinsam weggehen. Wie die Genossen berichten, stieß dieser Aufruf, den Faschisten das Feld zu überlassen, auch bei den Teilnehmern der DGB-Veranstaltung auf Widerstand.

Mit Parolen wie „Faschisten raus aus Rüsselsheim" und „Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk" zogen die Antifaschisten später vor die Wache und forderten die Freilassung der beiden Festgenommenen. Weil die Demonstranten unmißverständlich klarmachten, daß sie ohne die beiden Genossen nicht wieder abziehen würden, mußten die zwei Antifaschisten schließlich aus der Haft entlassen werden.

Solidarität mit Francois de Blois!

Am 3. Mai muß der Kommunist Francois de Blois Deutschland endgültig verlassen! Francois war Ende des letzten Jahres verhaftet worden und wurde zwei Wochen in der Strafanstalt Stuttgart-Stammheim festgehalten. Vorwand: ein Flugblatt, das angeblich die tödlichen Schüsse auf Buback gebilligt habe und von Francois ein halbes Jahr (!) zuvor verteilt worden sei. Beide Vorwürfe mußten wenig später von der Klassenjustiz zurückgenommen werden. Was allein übrig blieb, war der Vorwurf, daß Francois Kommunist sei. Deshalb soll er Deutschland verlassen.

Denn Francois, der seit über 10 Jahren in Deutschland lebt, ist amerikanischer Staatsbürger und das kommt der Bourgeoisie gerade recht, um einen Kommunisten, der jahrelang für die sozialistische Revolution in Deutschland gekämpft hat, loszuwerden.

Mit zahlreichen Aktionen haben Tübinger Studenten, die Francois als AStA-Mitglied kennen, Jugendliche in der ganzen Bundesrepublik und die Rote Garde gegen diese reaktionäre Ausweisungsverfügung gekämpft und seine Ausweisung so immerhin um ein halbes Jahr verzögern können.

Die Rote Garde ruft auf: Protestiert gegen die Ausweisung von Francois. Am besten beim dafür direkt verantwortlichen Bürgermeisteramt in Tübingen!

GSG-9-Chef schult Schweizer Polizisten

Auch die Schweizer Bourgeoisie will sich eine „Anti-Terror-Truppe" nach Bonner Vorbild aufbauen. Lehrer beim ersten Seminar für die Schweizer Killertruppe: BKA-Chef Herold und GSG-9-Chef Wegener!

Dieses Seminar fand 10 Tage nach einem Geheimtreffen statt, bei dem die Polizeiminister der Bundesrepublik, der Schweiz, Italiens und Österreichs über den gemeinsamen Kampf gegen die revolutionäre Bewegung berieten.

Erneute Haftstrafe bei Grohndeprozessen

Auch im zweiten Prozeß gegen einen Grohnde-Demonstranten sprach das Gericht eine hohe Haftstrafe aus: ein Jahr Gefängnis ohne Bewährung. Im ersten Prozeß war ein Demonstrant zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Tummelplatz für Faschisten

Drei Meldungen aus der letzten Woche zeigen, daß dieser Staat in jeder Beziehung ein Tummelplatz für Faschisten ist.

Bamberg. Empörung hatte die Tatsache ausgelöst, daß beim letzten Volkstrauertag in Bamberg auch die HIAG-Waffen-SS (Hilfsorganisation ehemaliger Angehöriger der Nazi-Kampftruppe) eingeladen war. Antwort der Stadt auf die Forderung, die HIAG beim nächsten Mal auszuladen: Das gehe nicht, weil sie schon jahrelang daran teilnehme...

Göttingen. Ausgegraben wurde jetzt die Doktorarbeit des hessischen Landesarbeitsgerichtspräsidenten Joachim aus dem Jahre 1938. Darin hieß es unter anderem, daß Neger und Juden als „Fremdkörper" aus der „Gemeinschaft der Völker auszustoßen sind und ausgestoßen werden"!

Rheine. Freispruch hieß das Urteil des Rheiner Jugendschöffengerichts über zwei Bundeswehrsoldaten. Sie hatten während ihres Wachdienstes beim Jagdbombergeschwader 36 in Rhein mit ausgestrecktem Arm und „Heil Hitler" gegrüßt.

„. . . über alles in der Welt"

Im Westberliner Stadtteil Charlottenburg hat Volksbildungs-Stadtrat Roeseler in hoher Auflage die drei Strophen des Deutschland-Liedes drucken lassen und den Lehrern Anweisung erteilt, diese revanchistische Propaganda allen Kindern des vierten Schuljahres nahezubringen. Dies hat unter den Lehrern große Empörung hervorgerufen und viele haben sich geweigert, diese Anweisung auszuführen.

Lebenslang

Lebenslang soll der erst 23-jährige Günter Sonnenberg ins Gefängnis. (Das Bild zeigt ihn nach dem Prozess.) Zweifacher Mordversuch, lautete das Urteil des Gerichts. Günter Sonnenberg und Verena Becker waren im Mai letzten Jahres in Singen festgenommen worden. Es kam zu einem Schußwechsel. Dabei wurden nicht etwa die Polizisten, sondern Günter Sonnenberg am schwersten verletzt. Er erhielt einen lebensgefährlichen Kopfschuß, von dessen Folgen er sich nie mehr erholen wird. Günter Sonnenberg wird jetzt wegen dieses Schußwechsels zu lebenslangem Gefängnis verurteilt. Gegen den Polizisten, der ihn so schwer verletzte, wird noch nicht einmal Anklage erhoben!



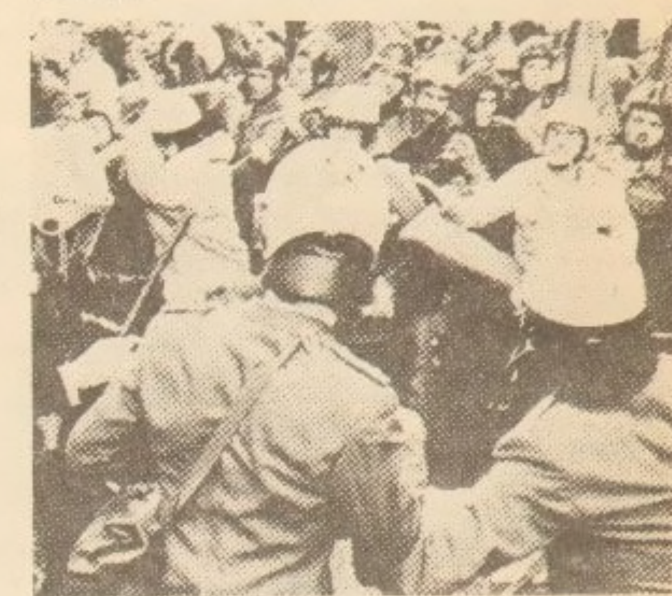
Günter Sonnenberg ist bereits der 5. politisch Verfolgte, der zu dieser barbarischen Strafe verurteilt wird. Vor ihm wurden zu lebenslanger Haft verurteilt: Verena Becker, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader...

***

Ebenfalls in der letzten Woche wurde Monika Berberich zu 7 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie am 7.7.76 zusammen mit anderen Gefangenen aus der Haftanstalt in Westberlin geflohen war.

6 Jahre nach dem Roten Antikriegstag 1972 — immer noch Prozesse

6 Jahre nach dem Roten Antikriegstag werden noch immer Prozesse durchgeführt, um Demonstranten hinter Gitter zu bringen.



Am 11. Mai wird Dieter Vogelmann erneut vor Gericht stehen. Der Staatsanwalt hatte gegen das Urteil von 1975 Berufung eingelegt. Damals hat Dieter ein Jahr Gefängnis auf Bewährung erhalten. Er war allein auf Grund von Fotos angeklagt worden.

Der Staatsanwalt fordert Gefängnis ohne Bewährung mit der Begründung, durch die Aussetzung der Strafe zur Bewährung würde das „Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege schwinden. Auch der Nachahmungseffekt für potentielle Täter darf nicht unberücksichtigt bleiben." Gewünscht wird also ein Abschreckungs-Urteil.

Unterstützt Dieter Vogelmann im Kampf gegen die drohende Gefängnisstrafe! Termin der ersten Verhandlung 11.5. Justizgebäude München, Nymphenburger Straße 16, Saal B 277, 9 Uhr.

Im Fall von Klaus Singer, der in der Berufungsverhandlung im Zusammenhang mit dem Roten Antikriegstag 1972 zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden war, ist jetzt die Revision gegen dieses Urteil abgelehnt worden. Er wird also in nächster Zeit in den Knast gehen müssen.

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel

Ich bin eine 32jährige Mutter, habe einen vierjährigen Sohn, Erik, und bin seit dem 4. 4. 1978 geschieden.

Bereits über zwei Jahre lebe ich von meinem Mann getrennt, habe aber lange Zeit weder von ihm noch vom Staat irgendeine Unterstützung bekommen. Ich war vollständig auf die Hilfe meiner Freundin angewiesen. Am 1. 10. 1976 erhielt ich dann endlich Sozialhilfe — sage und schreibe 540 DM. Allein die Miete für die Wohnung in Dortmund-Schüren, in der ich wohnte, betrug aber 330 DM. In meiner Not wandte ich mich an die Caritas. Ich erhielt dort als monatliche Unterstützung 20 DM! Aber das war noch nicht das Schlimmste. Frau A. von der Caritas, die mich bereits von meiner Jugend an kennt und weiß, daß ich als junges Mädchen aufgrund der zerrütteten häuslichen Verhältnisse mehrmals von zu Hause fortgelaufen bin, wandte sich an das Sozialamt, verleumdete mich dort und wandte sich außerdem an die Behörden, um zu erreichen, daß mir das Vormundschaftsrecht über meinen Jungen abgesprochen wird. Das Ergebnis war, daß nun das Sozialamt von mir verlangte, über das bißchen Geld, das sie mir gaben, auch noch Rechenschaft abzulegen.

Am 1. 2. 78 bezog ich dann ein möbliertes Zimmer in Dortmund-Hörde. Auf dem Sozialamt in Hörde sagte man mir 425 DM zum Leben für meinen Sohn Erik und mich zu. Die Miete würde extra überwiesen. Aber das stimmte nicht. Ich bekam 425 DM überwiesen und mußte davon dann 270 DM Miete bezahlen. So bleibt mir gar nichts. Auch als Sozialhilfeempfänger bin ich auf die Hilfe einer Freundin angewiesen. Das geht bis heute so.

Mit freundlichen Grüßen,
eine junge Mutter aus Dortmund

Abhängig von der Willkür des Landarztes

Liebe Genossen!

Folgendes ist in unserem Dorf vor einiger Zeit passiert: Unsere Nachbarn, eine Arbeiterfamilie mit fünf Kindern, wohnen etwas außerhalb vom Dorf. Das eine Kind, sechs Jahre alt, ist bei einem Kinderarzt in unserer Kreisstadt Borken, 15 km entfernt, in Behandlung. Dann passiert es! Nachts bekommt das Kind einen Pseudo-Crop-Anfall, auch „falsche Diphterie" genannt, bei der sich langsam der Hals zuschnürt und das Kind ersticken kann. Die Mutter ruft voller Aufregung unseren Dorfarzt an, der ja nur 2 km entfernt wohnt. Der Arzt meldet sich, sagt ihr, sie solle gefälligst den Arzt anrufen, bei dem sie in Behandlung ist, und knallt den Hörer sofort wieder auf. Die Frau ruft völlig verzweifelt noch einmal an und schildert dem Arzt nochmals, daß ihr Kind kaum Luft bekomme und zu ersticken drohe. Schließlich gibt er nach. Die Frau solle sich aber selber ins Auto setzen und zu ihm kommen. Was sie dann auch tun mußte, um das Leben ihres Kindes zu retten!

Der Arzt, über 50 Jahre alt, ist schon lange dafür bekannt, daß er es nicht duldet, wenn Patienten unseres Dorfes auch zu anderen Ärzten gehen. Eigentlich sollte er sogar froh darüber sein, denn er hat für die Gesundheit von 3.500 Bewohnern zu sorgen, hat eine Praxis, macht bis nachts 24 Uhr und noch länger Hausbesuche und hat noch unser Dorfkrankenhaus mit 40 bis 50 Patienten zu versorgen. Da kann die Versorgung der Patienten ja nicht ordentlich durchgeführt werden. So ist es dann auch so, daß man sich telefonisch „untersuchen" lassen kann. Man ruft bei ihm an, schildert ihm kurz die Beschwerden, und er verschreibt einem ohne weiteres Medikamente, ohne daß er einen selber gesehen hat. So einfach ist die ärztliche Versorgung. Auch kommt er zu Hausbesuchen mit Dreck unter den Fingernägeln! Das zeigt, daß dieser Arzt kein Verantwortungsgefühl mehr hat, und daß er es nicht besser verdient hat, daß seine Vergehen ans Tageslicht gebracht werden müssen. Vielleicht bekommen wir dann einen, oder sogar mehrere, vor allen Dingen jüngere Ärzte!

Für bessere medizinische Versorgung auf dem Land!

„Jetzt bin ich ganz Pascha"

Liebe Genossen!

Vor einiger Zeit (am 21. 3. 78) war in der „Frankfurter Rundschau" ein Artikel mit der Überschrift: „Damen zwischen 20 und 30 ‚im Angebot'." Darin wurde berichtet von einem Prozeß, der einem gewissen Günter Menger gemacht werden soll, der ein „Ehevermittlungsinstitut" betrieben hat (oder noch betreibt), wobei er sich junge Frauen aus Thailand holt und „anbietet". Seine engsten Mitarbeiterinnen bei diesem schmutzigen Menschenhandel sind eine österreichische Bordellbesitzerin und in Thailand selbst eine Reiseleiterin von „Super-sexy-Reisen". Diese Schweine machen mit der bitteren Armut des thailändischen Volkes brutal ihr Geschäft. Für Menger lohnt sich der Handel: pro „Vermittlung" 2.000 bis 4.000 DM!

In der „Frankfurter Rundschau" wurde aber nicht etwa mit Entsetzen von diesem modernen Sklavenhandel berichtet — nein, man hat Verständnis. Schließlich sei offenbar ein Bedarf an diesen „exotischen Modellen", und ihr „devotes Verhalten" sei eben gefragt als „Ausgleich zur deutschen Emanzipation". Ein „Kunde" (52!), der sich eine 24jährige Frau „gekauft" hat, berichtet auch ganz zufrieden: „Jetzt bin ich ganz Pascha!"

Soweit ist es also mit der Gleichberechtigung der Frau heute!

Rot Front!
Eine Genossin aus Darmstadt

Die Tradition der Marine

Liebe Genossen,

vor kurzem war ich mit einer Bekannten in Laboe (bei Kiel). Dort besuchten wir die Marinegedenkstätte. Als erstes kommt man in einen großen Saal, wo auf der linken Wand aufgezeichnet ist, wieviele Schiffe im ersten Weltkrieg untergegangen sind. Auf der rechten Wandseite steht, wieviele es im zweiten Weltkrieg waren. Dazu — in riesigen Lettern — der Kommentar: „Sie starben für uns." Genossen, ihr könnt euch sicher vorstellen, was dieser Satz bei einem klassenbewußten Arbeiter für einen Haß auslöst. Wenn man sieht, daß die Bourgeoisie uns heute weismachen will, daß die Soldaten, die wie wir Arbeiter und Bauern waren, für unsere (!) Interessen gestorben seien! Wer wollte denn den Krieg — das Volk oder die Bourgeoisie?

Im nächsten Raum waren dann Kränze von allen bürgerlichen Parteien, darunter auch von der NPD und anderen offenen Faschisten. In dieser Gedenkstätte ist ein Flaggenraum, wo alle möglichen Flaggen der Marine sind. „Traditionelle Marineflaggen" heißt es auf einem Schild. Wenn man diese Tradition sieht, dann weiß man, wer bei uns heute immer noch das Sagen hat. Eine Flagge zeigte das am deutlichsten: die Hakenkreuzflagge des dritten Reiches!

Ich meine, wenn der Staat solche Gedenkstätten braucht, dann spricht das für sich.

Rot Front,
ein Genosse aus Hamburg

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Zum 160. Geburtstag von Karl Marx

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Am 5. Mai jährt sich zum 160. Mal der Geburtstag von Karl Marx, Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Führer und Lehrer des Weltproletariats. Das gesamte Leben und Werk dieses großen Revolutionärs waren dem Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse, aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gewidmet. Während die Bourgeoisi. Karl Marx und seine Lehre haßt, seine Ideen verfolgt und zu verfälschen versucht, achtet und liebt ihn das internationale Proletariat. Denn es war Karl Marx, der ihm die wissenschaftlichen Grundlagen für den Sieg des Kommunismus in die Hand gab. Sein Ruf „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" ist heute als Kampfruf der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt genauso aktuell wie vor 100 Jahren.

Karl Marx lebte in einer bedeutsamen historischen Epoche. In den europäischen Ländern und in den USA entwickelte sich der moderne Kapitalismus, trat die Bourgeoisie im heftigen Kampf gegen den Feudalismus ihren Weg an die Macht an. Gleichzeitig betrat eine neue Klasse die Arena der Weltgeschichte, das Proletariat, dessen historische Mission es ist, sich selbst und die gesamte Menschheit zu befreien.

In Deutschland, wo diese Entwicklung erst relativ spät begann, dann aber mit großem Tempo erfolgte, entfaltete dieser Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat eine besondere Sprengkraft. Stalin sagte: „. . . das Zentrum der revolutionären Bewegung verschob sich nach Deutschland. Es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß gerade dieser Umstand . . . die wahrscheinliche Ursache dafür bildete, daß gerade Deutschland das Geburtsland des wissenschaftlichen Sozialismus geworden ist und daß die Führer des deutschen Proletariats, Marx und Engels, seine Schöpfer waren'' (Stalin, Grundlagen des Leninismus, S. 16).

Es ist das unvergängliche Verdienst von Karl Marx, daß er die ungeheure Bedeutung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen seiner Zeit erkannte, mit der wissenschaftlichen Genauigkeit eines großen Denkers und der Parteilichkeit eines großen Revolutionärs analysierte und so die Waffe schmiedete, die das Proletariat auf dem Weg seiner Befreiung braucht: den Marxismus, den wissenschaftlichen Sozialismus.

Die Bedeutung des Werks von Karl Marx liegt darin, daß er zum ersten Mal nachwies, daß der Sozialismus keine Utopie ist, sondern eine historische Notwendigkeit. „Das Sein bestimmt das Bewußtsein", erklärte Karl Marx und bewies für die gesamte Geschichte der Menschheit, daß — wie Friedrich Engels in seiner Rede* am Grab von Karl Marx sagte — die „ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnittes die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben und aus der sie auch erklärt werden müssen — nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt." „Marx entdeckte auch das spezielle Bewegungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft. Mit der Entdeckung des Mehrwerts war hier plötzlich Licht geschaffen, während alle früheren Untersuchungen sowohl der bürgerlichen Ökonomen wie der sozialistische Kritiker sich im dunkeln verirrt haben." Mit der Entdeckung des Mehrwerts zeigte Marx gleichzeitig den Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft auf: den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums.

Aber Marx schuf nicht nur die marxistische ökonomische Theorie, wies nicht nur nach, daß die Bourgeoisie unvermeidlich ihrem Untergang entgegengeht. Er wies gleichzeitig nach, daß es für das Proletariat nur einen einzigen Weg gibt, seine Befreiung zu erreichen — die sozialistische Revolution. „Die Kommunisten", heißt es im Kommunistischen Manifest, „verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen."

Karl Marx war es auch, der als erster nachwies, daß das Proletariat in seinem revolutionären Kampf scheitern muß und unmöglich sein endgültiges Ziel, die Errichtung des Kommunismus, erreichen kann, wenn es nicht seinen eigenen proletarischen Staat, die Diktatur des Proletariats, errichtet. Das bestätigte sich vollständig an den Erfahrungen der ersten sozialistischen Macht der Welt, der Pariser Commune. Karl Marx studierte diese Erfahrungen sehr genau und entwickelte anhand der Lehren der Commune den wissenschaftlichen Sozialismus weiter.

Hören wir, wie Marx selbst die Bedeutung seines Werks zusammenfaßt. In einem Brief an Weydmeyer im Jahre 1852 heißt es: „Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft, noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung der Klassen und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben nachgewiesen. Was ich neu tat, war
1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist;
2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt;
3. daß diese Diktatur selbst nur der Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."

Aber Karl Marx hat nicht nur die wissenschaftliche Theorie für den Kampf des Proletariats geschaffen, er hat auch Zeit seines Lebens für ihre Verwirklichung gekämpft — gegen die Bourgeoisie und gegen alle Opportunisten in den Reihen der Arbeiterbewegung. Zusammen mit Friedrich Engels führte er den „Bund der Kommunisten", kämpfte er für die Schaffung der I. Internationale und für die Gründung einer deutschen revolutionären Partei, die 1869 mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht an der Spitze entstand. Dabei scheute Marx keinerlei Opfer.

In Deutschland wurde ihm als Chefredakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung" der Prozeß gemacht; in Frankreich, Belgien und Deutschland wurde er des Landes verwiesen; Hunger und Not waren fast ständig Gast im Hause der Familie Marx. –

Niemals auch verlor Karl Marx den Kontakt mit den Arbeitern, immer stand er in Verbindung mit ihnen und ihrem Kampf. Natürlich standen ihm die deutschen Arbeiter am nächsten. Weil er aber gezwungen war, den größten Teil seines revolutionären Lebens im Ausland zu verbringen, pflegte er eine ausführliche Korrespondenz mit den deutschen Arbeitern und Genossen, ließ er sich ständig von Besuchern über das Leben und den Kampf des deutschen Proletariats berichten. Karl Marx bedauerte es, nicht in Deutschland leben zu können, aber das Exil machte ihn niemals mutlos. Vor allem deshalb nicht, weil er sich überall zu Hause fühlte, wo Arbeiter lebten und kämpften. Ob in Paris, Brüssel oder London, immer zog es Marx vor allem in die Arbeiterviertel, ging er dahin, wo sich die Arbeiter und ihre Familien aufhielten, knüpfte er Freundschaften mit revolutionären Arbeitern. Ihnen stand auch sein Haus — trotz seiner intensiven, anstrengenden wissenschaftlichen Arbeit — stets offen.

„Denn Marx", sagte Friedrich Engels in seiner Rede am Grab seines Kampfgefährten, **„war vor allem Revolutionär. Mitzuwirken, in dieser oder jener Weise, am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der durch sie geschaffenen Staatseinrichtungen, mitzuwirken an der Befreiung des modernen Proletariats, dem er zuerst das Bewußtsein seiner eigenen Lage und seiner Bedürfnisse, das Bewußtsein der Bedingungen seiner Emanzipation gegeben hatte — das war sein wirklicher Lebensberuf. Der Kampf war sein Element. Und er hat gekämpft mit einer Leidenschaft, einer Zähigkeit, einem Erfolg wie wenige.** Erste „Rheinische Zeitung" 1842, Pariser ‚Vorwärts' 1844, Brüsseler ‚Deutsche Zeitung' 1847, ‚Neue Rheinische Zeitung' 1848/49, ‚New York Tribune' 1852 bis 1861 — dazu Kampfbroschüren die Menge, Arbeit in Vereinen in Paris, Brüssel und London, bis endlich die große Internationale Arbeiterassoziation (gemeint ist die I. Internationale — RM) als Krönung des Ganzen entstand — und wahrlich, das war ein Resultat, worauf sein Urheber stolz sein konnte, hätte er auch sonst nichts geleistet.

Und deswegen war Marx der bestgehaßte und bestverleumdete Mann seiner Zeit. Regierungen, absolute wie republikanische, wiesen ihn aus, Bourgeoisie, konservative wie extrem-demokratische, logen ihm um die Wette Verlästerungen nach. Er schob das alles beiseite wie Spinnweb, achtete dessen nicht, antwortete nur, wenn äußerster Zwang da war.

Und er ist gestorben, verehrt, geliebt, betrauert von Millionen revolutionärer Mitarbeiter, die von den sibirischen Bergwerken an über ganz Europa und Amerika, bis Kalifornien hin wohnen... Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Werk!"

Heute, ein knappes Jahrhundert nach dem Tod von Karl Marx, haben sich diese letzten Worte von Friedrich Engels vollständig bestätigt. Die Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels, der wissenschaftliche Sozialismus, weiterentwickelt von Lenin und Stalin, ist zur Richtschnur des Kampfes von Millionen in der ganzen Welt geworden. Die Ideen von Karl Marx über die Notwendigkeit der gewaltsamen sozialistischen Revolution und die Diktatur des Proletariats nahmen lebendige Gestalt an im ersten sozialistischen Staat, der Sowjetunion Lenins und Stalins, werden heute verwirklicht in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien. Und sie werden eines Tages — so wie Karl Marx es vorausgesagt hat — auch bei uns und in allen Ländern der Welt Wirklichkeit werden. **„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen" wird, wie es im Kommunistischen Manifest heißt, die kommunistische Gesellschaftsordnung treten, „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."**

---

* MEW, Bd. 19, S. 335f, Ausgewählte Werke, Bd. 2, S. 152.)



Nürnberg



Köln



Bremen





Mannheim



Duisburg



Bielefeld



Dortmund



Kiel

In dieser Woche besucht Breschnew die Bundesrepublik. Bonn empfängt ihn mit Pomp und Gloria. Die werktätigen Menschen in unserem Land jedoch bringen ihm nicht die geringste Sympathie entgegen. Zurecht verbinden sie Breschnews Namen mit der faschistischen Unterdrückung der Klassenbrüder in der DDR, mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl, den Symbolen eines Regimes, das sich sozialistisch nennt, tatsächlich aber nichts anderes ist als eine faschistische Diktatur unter dem russischen Militärstiefel.

Ein Redakteur des Roten Morgen hat in Westberlin die Mauer besucht und mit den Menschen gesprochen, die im Schatten dieses Schandmals des Sozialfaschismus leben müssen. Hier der Bericht.

An der Berliner Mauer

Sie schiessen auf alles was sich bewegt



„Die Bernauer Straße? Ich erinnere mich genau. Das war ein Leben hier. In jedem Haus waren Geschäfte, kleine Geschäfte. Nach Feierabend wimmelte es auf der Straße. Die Leute aus dem Osten kauften hier ein. Oder auch umgekehrt. Denn die linke Straßenseite gehörte ja zum Westsektor und die rechte zum Ostsektor. Und heute?"

Die ältere Frau wandte sich betrübt ab. Ja, heute ist es tot hier. Sackgasse. Nur einige Busse verirren sich in diese breite Straße entlang der Mauer. Die Menschen steigen aus, klettern auf das Aussichts-Gerüst und werfen einen Blick nach drüben. Hinter dem breiten Streifen, der mit Stacheldraht, Betonpfählen und Mauern bestückt ist, ein Haus mit einem weithin sichtbaren roten Schild „Club der Volkssolidarität". An mehreren Häusern rote Fahnen.

Ist das „Volkssolidarität", wenn Grenzsoldaten mit Maschinenpistolen bewaffnet dafür sorgen, daß kein Mensch lebend diesen Todesstreifen verläßt? Hat die Arbeiterklasse dafür gekämpft, daß Werktätige wie in einem Konzertrationslager gehalten werden, daß sie wie Hasen abgeknallt werden, wenn sie — aus welchen Gründen auch immer — den Staat verlassen?

An der Mauer stehen Kreuze. „Ida Siekmann". Sie sprang am 22. August 1961 aus der dritten Etage ihres Wohnhauses. Bernauer Straße 48. Die 58-jährige Frau starb an den Verletzungen. Ein paar Schritte weiter der Name „Bernd Lünser". Der Junge wollte sich mit einer Leine vom Dach des Hauses Bernauer Straße 44 abseilen. Die Grenzsoldaten schossen auf ihn. Bernd sprang vom Dach und verfehlte das Sprungtuch der Feuerwehr. Dort, wo früher das Haus Bernauer Straße 34 stand, ist die Aufschrift „Olga Segler" angebracht. Das Geburtsdatum 1881. Todesdatum 25. September 1961. War diese Achtzigjährige alte Frau ein „Feind des Sozialismus", „Agent", „Provokateur"?

Die Besucher an der Mauer sprechen nicht viel. Man spürt die Betroffenheit. Das soll „Sozialismus" sein? Dieser „Stacheldraht-Staat", aus dem immer wieder Menschen fliehen?

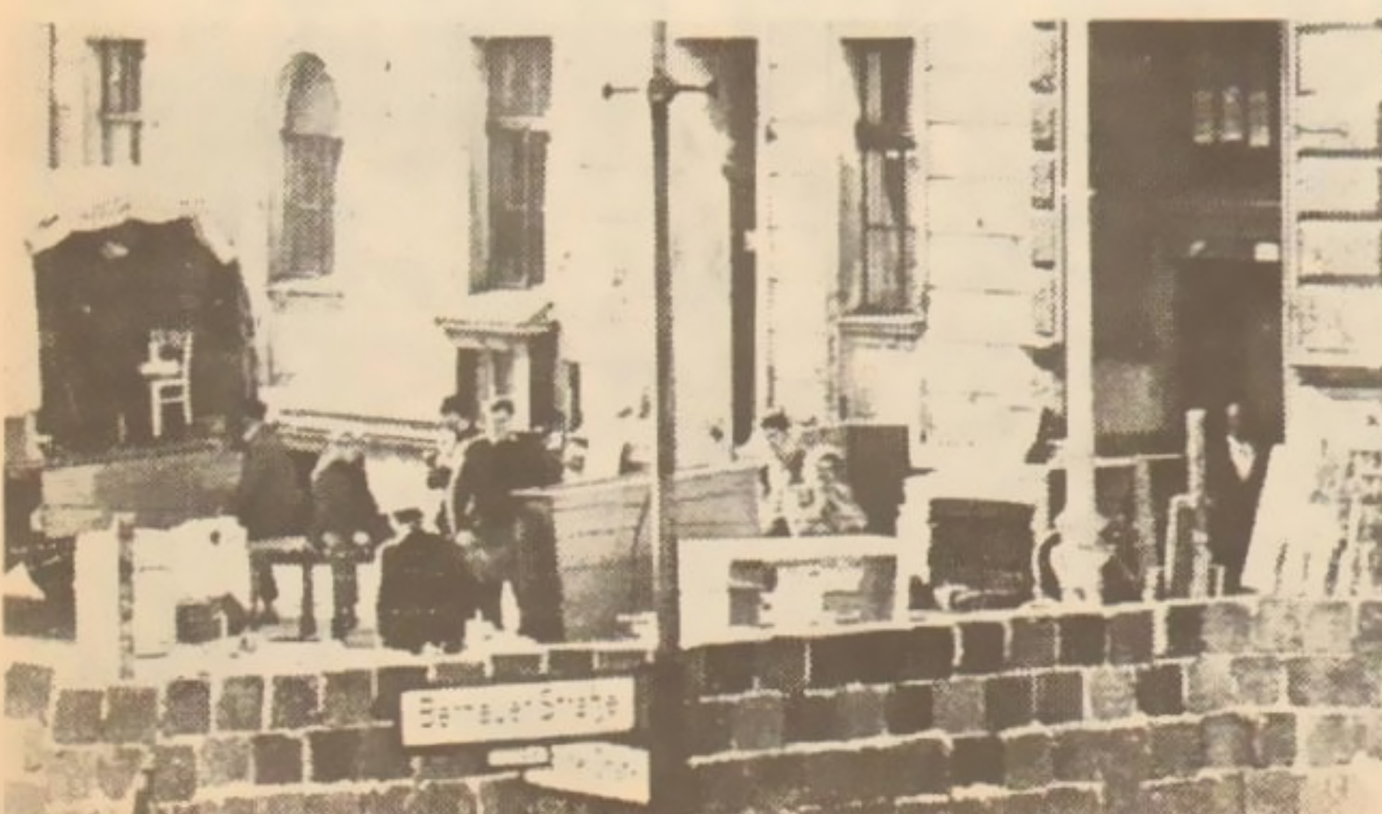
Nein, auch wenn sie drüben noch so viele rote Fahnen hinhängen, dieser Staat hat mit dem Sozialismus nicht das geringste zu tun. Die Arbeitermacht, die Diktatur des Proletariats, ist von der Ulbricht-Honecker-Clique zerschlagen worden. Die DDR von heute ist ein Zuchthaus für die Werktätigen, in dem die russischen Sozialimperialisten — die wahren Herren des Landes — die Peitsche schwingen. Sie haben mit Hilfe ihrer Statthalter in Ostberlin die DDR vollständig ihrem Herrschaftsbereich eingegliedert.

Vor der Mauer sind noch Reste der alten Ladenfronten zu sehen, die alten Schilder „Fleischerei" oder „Fachgeschäft für Einrahmungen". Auf einer Ladentür lese ich: „Unter Stalin gab es keine Mauer". Daneben, weithin sichtbar: „Weg mit der Mauer! KPD/ML". Ja, es gibt Kommunisten, die den Kampf gegen dieses Schandbauwerk führen, die den Verrat der Honecker-Clique an den Ideen des Sozialismus anprangern, die den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland führen — die Genossen der KPD/ML. Eine Westberliner Genossin berichtete: „In den letzten beiden Jahren haben wir hier im Wedding, jeweils zum 13.August, eine Kampfdemonstration gegen die Mauer durchgeführt. Bei kaum einer anderen Demonstration erleben wir so viel Interesse und Zustimmung aus der Bevölkerung. Als wir hier an der Ecke Bernauer Straße / Swinemünder Straße unsere Abschlußkundgebung abhielten, kamen viele aus den umliegenden Häusern und hörten zu. „Die Leute merken immer mehr, daß wir mit den Stacheldrahtziehern nichts gemein haben!"



Mit Betonplatten riegeln Volkspolizisten alle Querstraßen in Richtung Ostberlin ab.


Viele fliehen durch die Fenster.


Die Wohnungen werden zwangsgeräumt.

Der 13. August

Als die Machthaber in der DDR 1961 die Mauer errichteten, da ging es keineswegs darum, einen „antifaschistischen Schutzwall" zu errichten. Ende der 50er Jahre liefen die Arbeiter und Bauern dem „Arbeiter- und Bauern"-Staat scharenweise davon. Nicht weil sie gegen den Sozialismus waren, sondern weil sie gegen das waren, was Chruschtschow und Ulbricht Sozialismus nannten: die Herrschaft einer neuen Klasse von Managern, Technokraten, Parteifunktionären und Generälen über das Volk.

„Damals kamen täglich Tausende über die Grenze. Das ging ja auch noch ganz leicht, man konnte in die S-Bahn steigen und schon war man in Westberlin". Der Schneider, der dies erzählt, während er einen Ärmel an einen Anzug näht, erinnert sich genau an den 13. August. „Es war an einem Sonntag. Als wir davon hörten, daß Volkspolizisten die Grenze abriegeln, sind wir mit der ganzen Familie hingefahren. Und da standen sie dann, die Vopos in Reih und Glied und ließen keinen mehr durch. Ganz Berlin war auf den Beinen. Überall bildeten sich Diskussionstrauben, die Menschen waren unheimlich empört. Nun war nichts mehr mit den Familienbesuchen im Osten. Und die Zigtausend Menschen, die in Ostberlin wohnten und hier in Westberlin arbeiteten, konnten nicht mehr rüber".

In Ostberlin hielt die Vopo die Bevölkerung gewaltsam von der Mauer zurück, aber auch im Westen stand die Polizei bereit, um einzugreifen. „Es gab junge Leute, die mit Steinen und Knüppeln gegen die Abriegelung vorgehen wollten, aber die Westberliner Polizei hielt sie zurück. Erst Tage später haben die im Osten angefangen, Barrikaden zu bauen mit Stacheldraht. Dann haben sie Zäune angelegt. Als dann immer noch Leute darüber sprangen oder mit Autos durch die Absperrungen fuhren, haben sie schließlich überall die Mauer gebaut. Und dann ging es auch mit dem Schießbefehl los!"

Heute ist die Grenze der DDR wie die Absicherung eines Konzentrationslagers ausgebaut. Beäugt von Scharfschützen, bewacht von Hetzhunden, gesichert mit Metallgitterzäunen, Kontrolltüren, Bunkern, bestückt mit Millionen Tretminen und unzähligen Schießautomaten.

Die Schießautomaten verraten den Charakter dieses Mord-Systems am deutlichsten. Sie wurden von dem SS-Sturmbannführer Erich Lutter zur Umzäunung der Konzentrationslager entwickelt. Und wie SS-Mörder schießen heute die Grenzsoldaten auf jeden, der sich über die Grenze bewegt. Seit dem Mauerbau sind in Berlin und an der deutsch-deutschen Grenze mindestens 167 Menschen ermordet worden, von Minen zerrissen, durch Zielschüsse verletzt oder von Todesautomaten getroffen. Das Honecker-Regime erdreistet sich sogar, diese Mörder zu feiern.

„Öffentliche Würdigung", Orden, Beförderung, Geld bis zu 5.000 Mark und 14 Tage Sonderurlaub für jeden Grenzsoldaten, der einen „Grenzverletzer" stellt, egal ob lebendig oder tot.

Ob die Grenzschützer an der Spree, gegenüber dem Gröbenufer in Kreuzberg, auch eine „Prämie" bekommen haben, als sie den fünfjährigen Cotin Mert erbarmungslos ertrinken ließen? Ein Erinnerungsschild an diesen Mord ist weg. „Ich weiß auch nicht, wer es weggemacht hat", erzählt eine ältere Frau, die sich am Flußufer sonnt. „Das war wirklich schlimm. Der kleine Türkenjunge ist die Grasböschung heruntergestürzt und dann rein ins Wasser. Das Wasser ist ja schon DDR-Gebiet. Als die Westberliner Feuerwehr kam, durften die nicht ins Wasser. Die Soldaten von der DDR fuhren mit ihrem Wachboot herum. Erst eine dreiviertel Stunde später kam ein Taucher von der DDR. Da war es natürlich zu spät. Sie können sich ja vorstellen, daß die Leute, die hier am Ufer standen, vor Wut brüllten. Der Senat ist übrigens auch nicht viel besser. Erst nach diesem Unglück haben die Rufsäulen hingestellt".

„Wir sind doch ein deutsches Volk!"

Vom Gröbenufer aus führt die Oberbaumbrücke in den Osten der Stadt. Einer der wenigen Grenzübergänge für Westberliner, die ihre Verwandten jenseits der Mauer besuchen wollen. Ein Ehepaar windet sich durch die Betonabsperrungen. Es hat einen Passierschein für einen Tag. „Ja, wir haben beide noch Verwandte drüben. Und wenn es Familienfeste gibt, sind wir immer dabei". Was sie denn davon halten, daß es eine ostdeutsche und eine westdeutsche Nation geben soll? „So ein Quatsch, wir sind doch ein deutsches Volk, das kann man doch nicht einfach abtun. Und auch so ein Bauwerk wie dieses ändert daran nichts". Der Blick sagt genug.

Dort, wo heute die Mauer Deutsche von Deutschen trennt, wo auf Werktätige geschossen wird, hingen früher Transparente und Losungen



Demonstrationen der KPD•ML am 13. August 1975

gegen die Spaltung, für die Einheit Deutschlands. Die damals noch sozialistische SED kämpfte gegen den Bonner Spalter-Staat. So nahmen 1951 in Ostberlin 35.000 Jugendliche aus Westdeutschland an den Weltjugendfestspielen teil, und es war die westdeutsche Polizei, die sie am Grenzübertritt zu hindern versuchte. Mit dem Verrat am Sozialismus hat die Ulbricht-Honecker-Clique also auch den Kampf um die Einheit der Nation begraben. Sie schämen sich dabei nicht einmal, die Lüge von der „sozialistischen DDR-Nation" und der „kapitalistischen BRD-Nation" aufzutischen, um die Besetzung der DDR durch die russischen Truppen zu rechtfertigen.

So wollen sie unter den Werktätigen in Ostdeutschland jeden Gedanken, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit den Klassenbrüdern im Westen auslöschen. Stattdessen sollen sich die Werktätigen der DDR als Bewohner der westlichsten Republik der Sowjetunion fühlen. Aber das ist ein Wunschtraum der Herren in Moskau und Ostberlin. Denn nicht mit der Mauer, nicht mit dem russischen Besatzerheer und nicht mit dem Staatssicherheitsdienst können sie das erreichen. Das deutsche Volk will keinen Militärstiefel im Nacken, weder den russischen, noch den amerikanischen. Und es wird sich niemals abfinden mit der gewaltsamen Teilung seines Landes.

Die Mauer, mag sie heute auch mächtig und unbezwingbar erscheinen, sie wird doch eines Tages fallen. Im Westen wie im Osten unseres Landes kämpft die KPD/ML für den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Werktätigen, kämpft sie für die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

10 Jahre KP Britanniens/ML

„Wir werden niemals von unserer revolutionären Aufgabe ablassen"

Vor zehn Jahren wurde die Kommunistische Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten (KPB/ML) gegründet.

Die britischen Marxisten-Leninisten und alle aufrechten Revolutionäre feiern dieses Datum zu Recht als wichtigen Markstein für den Kampf der britischen Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen um ihre Befreiung vom Joch des Kapitalismus. Dank ihrer Treue zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und ihrer richtigen Linie hat sich die KP Britanniens/ML in den vergangenen zehn Jahren entwickelt und gestählt und ihre Verbindungen zu den Massen immer mehr gefestigt und ausgebaut.

Reg Birch spricht für die Kommunistische Partei Britanniens/ML auf einer gewerkschaftlichen Kundgebung.

Die KP Britanniens/ML wurde in einer Periode des Aufschwungs der Klassenkämpfe und im heftigen Kampf gegen den modernen Revisionismus gegründet. Während die modernen Revisionisten die führende Rolle der Arbeiterklasse als der revolutionärsten Klasse der kapitalistischen Gesellschaft leugneten, betonte die KPB/ML von Anfang an:

„Das erste grundlegende Problem der Revolution und des gesamten Klassenkampfes ist es, die führende Rolle der Arbeiterklasse richtig und vollständig zu verteidigen. Wegen ihrer ökonomischen, politischen und historischen Stellung ist die Arbeiterklasse in unserer Epoche die Repräsentantin des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft geworden, als die einzige Klasse, die fähig ist, die arbeitenden Massen zu Herren ihres Schicksals zu erheben."

Deshalb hat es die KPB/ML immer als ihre Aufgabe angesehen, die Interessen der britischen Arbeiterklasse zu verteidigen und sie im Kampf für den Sieg der Revolution und des Sozialismus zu mobilisieren. Der Partei war klar, daß sich die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen nur dann befreien können, wenn sie die Ausbeuterordnung der Bourgeoisie und ihren Unterdrückerstaat durch die gewaltsame proletarische Revolution vernichten und die Diktatur des Proletariats errichten, um den Sozialismus aufzubauen. Die britische Bourgeoisie ist sehr alt, schlau und erfahren, wenn es darum geht, den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse durch Terror oder durch Demagogie zu unterdrücken. Zu behaupten, daß diese Klasse durch friedliche Mittel, über das Parlament, gezwungen werden könnte, ihre Herrschaft aufzugeben, wie es die modernen Revisionisten tun, ist nichts als Betrug.

Die KPB/ML enthüllte auch den schändlichen Versuch der Revisionisten, die britische Labour-Party weißzuwaschen, sie als das kleinere Übel hinzustellen und durch das Gerede von einer „möglichen Linksentwicklung der Labour-Party" die Arbeiterklasse über die wahre Natur dieser Partei zu täuschen. Die KPB/ML zeigte, daß die Labour-Party seit Jahrzehnten im Dienst des britischen Monopolkapitals steht. Sie hat die Aggressionen des britischen Imperialismus gegen die Kolonialvölker, insbesondere gegen das irische Volk nicht nur unterstützt, sondern auch aktiv mitgetragen. Sie hat als Regierungspartei massive Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiter und übrigen Werktätigen durchgeführt und tut das auch heute noch, während sie gleichzeitig bemüht war, den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse durch Phrasen von der angeblichen Reformierbarkeit des Kapitalismus in die Irre zu führen. Was die Revisionisten und die sozialdemokratische Labour-Party angeht, so kann man mit vollem Recht sagen: Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.

Die KPB/ML betrachtet den Kampf gegen den modernen Revisionismus als untrennbaren Bestandteil ihres Kampfes gegen die britische Monopolbourgeoisie, den Hauptfeind der britischen Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen.

„Wir werden", heißt es in einem Dokument der Partei, „niemals den Klassenkampf aufgeben. Wir werden nie Kompromisse mit dem Feind eingehen, wir dürfen nie mit unserer Bourgeoisie Schacher treiben und dürfen uns nie in das Bett des Monopolkapitals legen, das unsere Bourgeoisie mit den Bourgeoisien Westeuropas bereitet."

Als eine Kampfpartei unterstützte die KPB/ML die Streiks und Kämpfe der Arbeiterklasse und hat an ihnen teilgenommen. So zum Beispiel an den Streiks der Bergarbeiter, der Hafenarbeiter und der Feuerwehrleute. Sie folgte dabei der Losung, daß alle diese Kämpfe auf die Revolution ausgerichtet werden müssen.

Im Geist des proletarischen Internationalismus und eingedenk der Worte von Marx, daß eine Nation nicht frei sein kann, die andere unterdrückt, bekämpft die KPB/ML die aggressive Politik des britischen Imperialismus gegen die Völker der Welt. In Nordirland, Südafrika und Oman zeigt der britische Imperialismus, daß er trotz der Krise, in der er steckt, nichts von seiner räuberischen Natur verloren hat. Im gleichen Zusammenhang bekämpft die KPB/ML die EG als konterrevolutionären Block der westeuropäischen Monopolbourgeoisien und forderte den Austritt Britanniens aus der EG.

Die Partei nimmt eine konsequente Haltung gegenüber dem amerikanischen Imperialismus und sowjetischen Sozialimperialismus und den von ihnen kontrollierten Militärblöcken, der NATO und dem Warschauer Pakt, ein.

Mit ihrer gesamten Tätigkeit steht die KPB/ML Schulter an Schulter mit den wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien auf der ganzen Welt und erklärt sich mit ihnen solidarisch.

So wie sie ihre Stimme gegen die Chruschtschow-Revisionisten erhoben hat im Kampf für die Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, tut sie dies auch jetzt im Kampf gegen die neuen Revisionisten, die sich auf die „Theorie der drei Welten" stützen. Sie brandmarkte diese Theorie öffentlich auf ihrem IV. Parteitag im Mai 1976 und hat seither wiederholt ihren revisionistischen und konterrevolutionären Charakter enthüllt.

Sie erklärte:

„Wir in Britannien wurden gedrängt, unsere revolutionäre Aufgabe auf Eis zu legen und ein Bündnis mit der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, einzugehen, um die NATO und ihren ökonomischen Hebel, die EWG, zu verstärken und so die europäische Bourgeoisie, die Neonazisten und die Agenten der USA in Europa zu umarmen, die die Bestrebungen der europäischen Arbeiterklasse für Freiheit, nationale Unabhängigkeit und Revolution zunichte machen wollen."

Und sie betonte:

„Wir werden nie von unserer revolutionären Aufgabe ablassen, die Arbeiter Englands zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats in Britannien zu führen. Das ist der größte Dienst, den wir der für ihre Befreiung kämpfenden Arbeiterklasse und Bauernschaft der Kolonialländer im Namen des proletarischen Internationalismus leisten können."

Grußadresse an das ZK der KPB/ML

An
Genossen Reg Birch
An
das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten

Liebe Genossen!

Zum 10. Jahrestag der Gründung der KP Britanniens/ML senden wir euch herzliche, brüderliche Grüße.

Mit der Gründung der KP Britanniens/ML habt ihr das Banner des Marxismus-Leninismus, das die modernen Revisionisten und Opportunisten fallengelassen und in den Schmutz getreten haben, in Britannien wieder aufgerichtet. Seitdem hat die britische Arbeiterklasse wieder eine marxistisch-leninistische Vorhutpartei, die den Kampf für die proletarische Revolution und die Errichtung eines sozialistischen Britannien, für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückerordnung leitet und zum Sieg führen wird.

Wir deutschen Marxisten-Leninisten fühlen uns euch durch unsere gemeinsamen Prinzipien, die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, durch den proletarischen Internationalismus brüderlich verbunden. Unser gemeinsamer Kampf gegen das von den USA und der Sowjetunion geführte Lager des Imperialismus, gegen die Reaktion und gegen den Revisionismus aller Schattierungen wird auch in der Zukunft neue Siege erringen. Wir wünschen euch, liebe Genossen, neue Siege im Kampf für ein sozialistisches Britannien.

Es lebe die KP Britanniens/ML!
Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Zentralkomitee der KPD/ML
Ernst Aust
Vorsitzender

SVR Albanien gegen UNO-Truppen im Libanon

Auf der 8. Tagung der UNO-Vollversammlung in New York nahm am 21. April der Vertreter der Sozialistischen Volksrepublik Albanien Stellung zur Frage der Stationierung von UNO-Truppen im Libanon. Hier Auszüge aus seiner Rede nach einer Sendung von Radio Tirana vom 25. 4. 78.

Die Sozialistische Volksrepublik Albanien hat immer eine prinzipienfeste Haltung eingenommen und ist der Schaffung und Finanzierung der UN-Truppen entgegengetreten. Man muß betonen, daß diese Truppen noch nie der Sache des Friedens und der wahren Sicherheit in der Welt gedient haben, sondern vielmehr von den imperialistischen Mächten und besonders von den beiden Supermächten, den USA und der Sowjetunion, dazu ausgenutzt wurden, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, ihre aggressive Hegemoniepolitik in verschiedenen Teilen der Welt zu unterstützen. Was geschah und was die 425. Resolution des Sicherheitsrates, die keinen Unterschied zwischen dem Aggressor und dem Opfer macht, beinhaltet, zeigt klar, daß diese Truppen für den Einsatz gegen den gerechten Kampf der arabischen Völker, besonders den Kampf des palästinensischen Volkes geschaffen wurden.

Verschwörungen intensivieren, in der Absicht, den gerechten Kampf der arabischen Völker auszulöschen und die palästinensische Frage aus der Welt zu schaffen. Deshalb sind wir der Meinung, daß es hier keinen Platz für Illusionen gibt, daß die UN-Truppen im Libanon eine andere Rolle spielen, als die, die die UN-Kräfte früher im Nahen Osten gespielt haben.

Die albanische Delegation verurteilt entschieden die Aggression der israelischen Zionisten gegen den Libanon und ihre Expansionspolitik im Nahen Osten. Sie verurteilt die aggressive Politik, die Komplotte und die Verschwörungen der beiden imperialistischen Supermächte im Nahen Osten. Wir bringen noch einmal die Solidarität und Unterstützung des albanischen Volkes und seiner Regierung für den gerechten Kampf der arabischen Völker zum Ausdruck, in dem sie ihre von den israelischen Aggressoren besetzten Territorien befreien wollen, mit dem Kampf des palästinensischen Volkes sowie der Herstellung all seiner nationalen Rechte in seinem Vaterland."



Ein bezeichnendes Bild: Flugzeuge der amerikanischen Luftwaffe haben eine UN-Einheit, die der UNO-Truppe im Libanon unterstellt wird, nach Tel Aviv befördert: Für den Einsatz gegen den Kampf des arabischen Volkes.

Die Ereignisse der letzten Jahre im Nahen Osten beweisen, daß diese Truppen keineswegs dazu gedient haben, die israelischen Zionisten daran zu hindern, die Politik der Aggression fortzusetzen. Im Gegenteil haben die Feinde der arabischen Völker, die USA-Imperialisten, die sowjetischen Sozialimperialisten und die israelischen Zionisten aus der Präsenz dieser Truppen im Nahen Osten Vorteile gezogen. Sie konnten ihre aggressive Tätigkeit, Komplotte und

Abschließend sagte der Vertreter der Sozialistischen Volksrepublik Albanien: „Die albanische Delegation spricht sich gegen die Bildung von provisorischen UN-Truppen im Libanon aus und gibt bekannt, daß sich die Sozialistische Volksrepublik Albanien nicht an der Finanzierung dieser Truppen beteiligen wird."

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Wahlkampf in Hamburg

Rut to'n roden 1.Mai!

Mi scheel se nich mehr an. Vun wegen an 1. Mai to'n Rathuus oder to'n Gewerkschaftshuus, ... Jümmers desülbe Kohhannel. Se seggt acht, de Bosse seggt dree. Denn kämpft se bannig, un wat doarbi rutkümmt, kannst di inne Hoor schmeern. Doch wat wüllst vun de Makkers erwarden. Föftig bit hunnertdusend Mark an Gehalt und Aufsichtsratstantiemen im Johr. De DGB sülbst een vun de grötsten Konzerne. Weest wo din Obulus bleevt. Keen teen Perds treckt mi dor mehr hin, to'n Regierungsmai. **Ick geih dütmol to'n roden 1. Mai, den vunne „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition", de RGO, un Du? Geihst mit?**

Veranstaltungen: 1.Mai

Demonstration der

Deutschland dem deutschen Volk!

Wählt KPD/ML

„Alle sprechen von Hamburg – wir sprechen von Deutschland"

Unter diesem Thema steht ein farbiges Faltblatt unserer Partei, das am 22./23. 4. in einem Wahlkampf-Einsatz in die Briefkästen von 280.000 Hamburger Haushalten gesteckt wurde. Darin wird der Verrat der beiden deutschen Regierungen und der hinter ihnen stehenden Supermächte an der deutschen Nation angeprangert, und es wird der Ausweg aufgezeigt: die sozialistische Revolution. Nur sie kann uns einen friedliebenden, demokratischen, unabhängigen deutschen Staat bringen.

An diesem Wochenend-Einsatz nahmen insgesamt 130 Genossen und Sympathisanten der Partei teil. Überall, wo man ins Gespräch kam, nahmen die Bewohner das Faltblatt interessiert auf. Am Samstag abend gab es eine kleine Veranstaltung für alle Beteiligten, auf der u. a. eine Resolution zur Unterstützung der im „Roter-Morgen"-Prozeß angeklagten Genossen verabschiedet wurde.

Mit einem Linolschnitt vom Hamburger Hafen wurden zwei Genossen ausgezeichnet, die, pro Genosse, in einer Stunde 450 Faltblätter gesteckt hatten. Ebenso für gutes Unterschriftensammeln wurden ausgezeichnet: Zelle Allgemeines Krankenhaus Altona (60 Unterschriften) und die Zellen Steilshoop und Bramfeld (zusammen 160 Unterschriften). Auch in der Gaststätte „Jarrestadt" waren 68 Unterschriften von sämtlichen Stammgästen zusammengekommen. Eine gute Bilanz am ersten Wochenend-Einsatz!

Weil in der Wohnung Gas ausströmte

Furchtbarer Tod einer Mutter und ihrer Kinder

Samstag, 15. 4. in der Wohnung der türkischen Arbeiterfamilie Koç. Als Frau Koç am Morgen ihre Kinder sieht, erschrickt sie. Beide, der zweieinhalbjährige Junge und das fast siebenjährige Mädchen, sind offensichtlich krank. Ein türkischer Nachbar fährt Frau Koç zusammen mit ihren Kindern in die Kinderklinik. Das Urteil des Arztes dort nach einer oberflächlichen Untersuchung: „Den Kindern fehlt nichts Ernstes. Sie können nach Hause gehen."

Aber wieder zu Hause angekommen, kann das Mädchen bereits nicht mehr alleine die Treppen zur Wohnung hochgehen! **15 Minuten später:** Der türkische Nachbar findet in seinem Auto die Babyflasche des kleinen Jungen. Er will sie zurückbringen, klingelt an der Wohnungstür — aber niemand öffnet. Der Nachbar macht sich weiter keine Gedanken. Vielleicht ist die Mutter mit den Kindern spazierengegangen...

Nachmittags um 16.30 Uhr kommt Cemal Koç von der Arbeit nach Hause. **Seine Frau und seine beiden Kinder sind tot! Cemal läuft wie von Sinnen zu einem Nachbarn: „Meine ganze Familie ist tot!" Der Nachbar geht mit hinauf in die Wohnung und bemerkt sofort einen merkwürdigen Geruch — Gas!**

Das hätte genauso in jeder anderen Familie passieren können!

Schon lange hatten sich Anwohner der Greifswalder Straße im Bremer Stadtteil Gropelingen über ausströmendes Gas und ungewöhnlich hohe Gasrechnungen beschwert. Nichts war geschehen! Einer der Anwohner bekam sogar zu hören: „Das überflüssige Gas geht in die Mauer!"

Und jetzt, nachdem die Familie Koç mit ihrem Leben dafür bezahlen mußte? Als Polizei, Kripo und Feuerwehr in die Wohnung der Familie Koç kamen, versuchte einer der Polizisten als erstes alles auf „Selbstmord" zu schieben! Als sich dann schließlich nicht mehr verheimlichen ließ, daß ein Gasgerät in der Wohnung falsch eingestellt war und der gleiche Fehler allein in sieben Wohnungen der Greifswalder Straße festgestellt wurde — da konnten dann die Vertreter der Gaswerke nicht oft und laut genug beteuern, wie ernst sie alle Beschwerden über defekte Gasanlagen nehmen würden! Zu ihrer Überraschung und Empörung hörten die Gröpelinger jetzt auf einmal, daß bis zu fünf Mitarbeitertrupps rund um die Uhr bereit stehen, um eventuelle Mängel festzustellen und Schäden sofort zu beheben. Nach Gröpelingen hatten sie sich allerdings bis jetzt allen Beschwerden der Anwohner zum Trotz nicht bemüht! Und selbst nach diesem schweren Unglück hatte es nur zu Kontrollen in einer einzigen Straße gereicht! Und das, obwohl die Verhältnisse in den umliegenden Straßen des Arbeiterviertels wohl kaum anders sein dürften als in der Greifswalder Straße.

Die Partei hat zum furchtbaren Tod der türkischen Mutter und ihrer beiden Kinder ein Flugblatt herausgegeben und die Schuldigen an ihrem Tod beim Namen genannt: die Stadtwerke und das kapitalistische Gesundheitssystem! Im Interesse aller Gröpelinger wird gefordert: „Für eine gute Ambulanz an jedem Krankenhaus! Sofortige Untersuchung aller Gasleitungen und Gasanlagen in den älteren Wohnblöcken Gröpelingens! Sofortige Renovierung aller älteren Wohnblöcke!"

Hinter den oberen Fenstern (s. Pfeile) erstickte die Familie Koç an ausströmendem Gas.

Die Verantwortlichen sind bekannt

13jähriger Junge ertrunken

Korrespondenz. Willingen ist eine hochsauerländische Gemeinde, deren 2.800 Einwohner fast ausschließlich, direkt oder indirekt vom Fremdenverkehr leben. Vor ein bis zwei Jahren ist hier als besondere Attraktion ein „Therapeutisches Bewegungsbad" eingebaut worden. Dort ertrank nun am 30. März dieses Jahres ein 13jähriger Junge. Ein alltäglicher Badeunfall? Oh nein!

Unter der Wasseroberfläche dieses Bads befindet sich eine Unterwasserquelle, die aus dem Becken selbst durch einen Ansaugstutzen gespeist wird. Davon ist der Junge angezogen worden. Er konnte sich nicht mehr befreien. Als sein Verschwinden dann bemerkt wurde, war er bereits ertrunken. Unmittelbar nach dem Unglück wurde ein fehlendes Schutzgitter vor dem Ansaugstutzen als Ursache des Unglücks angegeben.

Bis heute kamen aber weitere interessante Tatsachen ans Licht:

So stellte sich heraus, daß schon früher drei Kinder durch die Unterwasserquelle angesogen worden waren. Damals befand sich noch ein Schutzgitter vor dem Stutzen. Über einen dieser drei Fälle wurde Genaueres bekannt. Ein ebenfalls 13jähriger Junge war am Ansaugrohr hängengeblieben (trotz Gitter!) und konnte sich nur mit Hilfe eines Freundes befreien. Seine Mutter erklärte, daß er Rißwunden und „einen wüsten Bluterguß am Rücken" davontrug. „Er hatte den Abdruck des Gitters auf dem Rücken — wenn er keine Hilfe gehabt hätte, wäre er bestimmt nicht losgekommen!"

Nun war weiterhin zu erfahren, daß der Arzt in der Kreisstadt, der den Jungen behandelt hatte, einen Willinger Kollegen über den Hergang unterrichtete. Die Gefahr war also bekannt! Aber statt sie zu beseitigen (man hätte bloß die Unterwasserquelle ausschalten müssen) wollten die zuständigen Herren auf den „Showeffekt" (so die Lokalzeitung) nicht verzichten und — ließen das Schutzgitter entfernen. Ergebnis: keine Blutergüsse mehr, dafür ein Sog mit nunmehr tödlicher Kraft!

Der Bürgermeister wollte sich zu alledem der Zeitung gegenüber nicht äußern. „Wollen wir die Toten nicht ruhenlassen?" Das war sein zynischer Kommentar.

Und der Leser wird es schon ahnen: Einen Schuldigen hat man bisher nicht finden können...

Dabei ist offensichtlich, wo sie zu finden sind: in der Verwaltung, die die Gefahr kennen mußte, bei der Firma, die solche Anlagen baut, beim Staat, der für solche Anlagen keine TÜV-Abnahmepflicht kennt. Aber man darf sich keine Illusionen machen. Man weiß ja, wie so etwas bei uns läuft. Wenn doch noch jemand zur Verantwortung gezogen werden sollte, dann einer von den „Kleinen". Vielleicht der Bademeister, der ja verpflichtet ist, in einem Bad, auch wenn es sehr voll ist, das Untertauchen eines Jungen auf der Stelle zu bemerken...

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64796, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 624299, geöffnet. Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen Klartext, Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10-12 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854127, geöffnet: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 535987, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengel-Str. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.